

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

39 (16.2.1925)



# Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußknecht“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit 90 A ohne Zustellung, Einzelpreis 10 A, Samstag 15 A. — Anzeigen: die einpaltige Solonelle 20 A, auswärts 25 A. Reklamen 80 A. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Berlags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. & C., sämtliche in Karlsruhe.

## Die bürgerlich-kapitalistische Hege und Heuchelei

Im bürgerlichen Blättermalde tobt ein wildes und gewaltiges Geschrei. Am lautesten toben die Blätter, die von den schwerindustriellen Großbetreibern unter den korruptesten Bedingungen sowohl für die Verleger als für die Redakteure ausgehalten werden. Und dieselben famosen Schornsteine, die heute für die Volkspartei, morgen für die Deutschnationalen, übermorgen für die Bolschewiken oder für die Kommunisten zu schreiben fähig sind, die ihre politische „Überzeugung“ stets an den Weistbietenden zu verkaufen zu jeder Tag- und Nachtstunde bereit sind, schreiben sich im Dienste ihrer allerdings brutalen Herren die Kehle heiser und münd über die Korruption sozialdemokratischer Führer, über die angebliche Verderbtheit und Unfähigkeit der Republik. Selbstverständlich sind die kommunistischen Blätter mit dabei, denn, wenn es gilt, gegen die Sozialdemokratie zu hegen, wenn es gilt, die Republik zu schädigen, wenn es gilt, der Reaktion und dem beutungsreichen Großkapital die Wege zu ebnen auf dem Marsche zur brutalsten Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Meuchelung eben erst gewonnene Volksfreiheiten, sind die Kommunisten dabei, teils aus innerer Überzeugung, teils auf Befehl des moskowitzischen politischen Verbrechertums, das keinen Widerspruch duldet.

Eine wahre Sturzflut bewußt verlogener heuchlerischer Entrüstung und eine Orgie skrupelloser Verleumdung und infamster Feralgemeinerung ergießen sich seit etwa zwei Wochen über die deutschen Lande. Nur wenige bürgerliche Blätter, die die systematische „Strüßungsheuchelei“ nicht mitmachen, sind zu verzagen; nur wenige bürgerliche Blätter, die mit Recht alle nachweisbaren Korruptionsfälle verurteilen und energisches Einschreiten verlangen, die aber auch den Nutz haben, offen zu sagen, daß das erbärmliche Geschrei der bürgerlichen Presse mehrheitlich keineswegs aus ehrlichen Motiven entpringt, sondern ein heuchlerisches Getöse zur Unterstützung der mit allen Kräften arbeitenden Kontrerevolution ist.

Es ist bewußte Heuchelei und erbärmlichste Verlogenheit, wenn speziell die deutschnationale und die volksparteiliche Presse in moralischer Entrüstung nach, wie sich bei Institutionen und einzelnen Personen Tafsachen korrupten Handelns ergeben haben. Seit dem Ausbruch des Weltkrieges und womöglich noch verstärkt durch die Nachkriegszeit, wälzen sich in unaufhörlicher Dauer die Korruptionswellen über das Wirtschafts- und Geschäftsleben Deutschlands. Sind die ungeheuren Gaunereien, die Bestechungen, Betrügereien und die gewissenloseste Bereicherung an dem um seine Existenz kämpfenden Reiche während der Kriegslieferungsperiode schon verstanden? Wie viele Kriegslieferanten mag es in Deutschland geben, die immer nur auf ehrlichen und geraden Wegen zur Lieferung und an den Beutungen herangekommen sind? Ist in Vergessenheit geraten, welch enormer verheerender Wucher mit der Knappheit an Lebensmitteln einsetzte? Fehlt die Erinnerung an die riesigen Durchstechereien während des Krieges, um Lieferungen und unehrlichen Gewinn zu erzielen? Oder um sich von den Frontlinien des Frontdienstes zu drücken? Was alles ist auf diesen Gebieten während der famosen Kaiserlichen Zeit geschehen? Haben die jetzt allabendlich an den Stammtischen versammelten Speichbüßer, die nicht genug über die Sozialdemokratie zu schimpfen vermögen, vergessen, wie sie noch vor wenigen Jahren über das Großkapital, über das Beamtentum, über Händler und Agrarier geschimpft und jede Beschuldigung umso heftiger nachgeprochen haben, je toller sie war? Und — hat man in den Zeitungen, die heute gegen sozialdemokratische Führer, gegen die Partei selbst, gegen den heutigen Staat ihr elendes und verlogenes Gewerbe treiben, damals auch nur ein Wort des Protestes oder des Räsonnements gehört? Hat etwa, um lokale Beispiele anzuwenden, das „Karlsruher Tagblatt“, die „Badische Presse“, der allseitig lächerliche „Residenzanzeiger“, haben diese famosen Gazetten damals ihr sonst so lebendiges Lästereimaul irgendwie aufgetan? O nein, denn sie hätten die Rache all der Kriegs- und Nachkriegsgewinnler gefürchtet.

Solange die Gaunerei gegen den bedrängten Staat, die Betrügerei im monarchistischen Staatswesen ein gros betrieben wurde, da wurde kein lächerlich der Mund gehalten. Im alten Staate vor dem Kriege rissen die schwersten Stände auf allen möglichen Gebieten nicht ab. Wo blieb da die famose bürgerliche Presse, die heute ein so gewaltiges Geschrei täglich anzukommen weiß? Die Mehrzahl der deutschen bürgerlichen Presse ist ja in den letzten Jahrzehnten, seit der Einfluß des Großkapitals auf sie immer mehr verstärkt, gewiß etwas erbärmliches

und verlogenes gewesen. Aber nunmehr, wo die Schwerindustrie und das sonstige Großkapital einen wesentlichen Teil der bürgerlichen Presse unter den verschiedensten Formen beherrscht, jetzt beweist uns dieser Teil der Presse, daß er die früher bewiesene Erbärmlichkeit und die systematische Freijührung des Volkes noch erheblich zu steigern vermag.

Gewiß und leider — es sind Korruptionsfälle zu verzeichnen. Aber, die schwersten darunter fallen ausschließlich bürgerlichen Elementen zur Last, die wirklich nicht als Opfer sozialdemokratischen Einflusses oder gar als Opfer des republikanischen Systems anzusprechen sind. Gegen ein paar Sozialdemokraten werden ebenfalls Anklagen erhoben, von denen die eine oder andere bereits erwiesen, die meisten aber derweil noch Behauptungen sind. Und wenn sie alle als wahr sich erweisen sollten, was beweisen sie gegen die Sozialdemokratie angesichts des Chimborasso von Gaunereien, Betrügereien und Durchstechereien, die nur im letzten Jahrzehnt von bürgerlichen Elementen und bürgerlichen Institutionen verübt worden sind? Wir denken wirklich nicht daran, irgend einen Sozialdemokraten zu verteidigen, falls er sich unzureichende Handlungen hat zuschulden kommen lassen. Die Partei hat sofort energisch zugegriffen, wo erhobene Anklagen sich als substantiiert erwiesen haben. Am den in der elendsten und jämmerlichsten Weise zusammengebrochenen monarchistischen Staat wenigstens als Staat zu retten, hat die Sozialdemokratie ein Maß von Arbeit und Verantwortung auf sich genommen, das an Größe kaum zu übertreffen war. Was Wunder, wenn dabei ab und zu auch ein Sozialdemokrat getrauscht ist, wo gleichzeitig neben ihnen und vor ihnen bürgerliche Elemente zu Hunderten jährlich straußeln, auch in den Beamtenstufen, wo die jetzt plötzlich so kümmerlich verhältnismäßig herumschweifenden Beamten mit der Facherziehung sind? Könnte allen Deutschen, die während des Krieges und in der bisherigen Nachkriegszeit Geschäfte mit dem Staate gemacht haben, oder die für die Bewilligung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen sich an Abgeordnete aller Parteien, an Amtsstellen usw. gewendet haben, auferlegt werden, dabei zu erzählen, was sie an praktischen Erfahrungen dabe bei erlebt haben, könnte dieses gesamte Material zu einem Berg zusammengetragen werden, der Mont Everest wäre ein Hügel dagegen. Wer hat während des Krieges an den Staat verkauft oder wer hat später vom Staate erworben und ist immer nur den geraden Weg gegangen? Und wer kann behaupten, Sozialdemokraten seien vorzugsweise die Kriegslieferanten gewesen oder sie hätten die Beamtenstufen und die Kriegsgesellschaften beherrscht?

Das jehige Geschrei in der bürgerlichen Presse ist zu mindestens 90 Prozent infamste Heuchelei. Nicht der Beizeigung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens gilt ihre Hege, sie gilt der Unterstützung der reaktionären und kontrerevolutionären Bestrebungen. Wenn es jetzt nicht gelten würde, den Bürgerblock im Reiche zu festigen, in Preußen den Bürgerblock zu schaffen, wenn es nicht gelten würde, den Sozialdemokraten Ebert vom Posten des Reichspräsidenten zu entfernen, die mit diesem Amte verbundene Macht einem bürgerlichen Feind der demokratischen Republik zuzuführen, nicht eine bürgerliche Zeitung würde sich länger als zwei Tage über Barmat und Kustiser aufregen. Der Kuzerkanal der Herren Dr. Luitner und Dr. Stresemann wird kaum erwähnt; von den ungeheuren Unterschlagungen, die vor ganz kurzer Zeit in öffentlichen preussischen Körperschaften von ausschließlich deutschen nationalen und völkischen Beamten und Würdenträgern verübt worden sind, haben die Leser der bürgerlichen Zeitungen, besonders des „K. T.“ und der „B. P.“ nichts erfahren. Ja, wenn nur ein Sozialdemokrat dabei gewesen wäre! Solange die bürgerliche Presse noch glaubte, auch sozialdemokratische Minister hätten an der gewaltigen Verheerung von Reichsgeldern an die Großgewinnler im Ruhrgebiet Anteil, solange nahm sie davon noch Notiz, natürlich nur im Sinne gegen die Sozialdemokratie. Jetzt, wo die ausschließliche Schuld an diesem gigantischen Finanzskandal allein auf bürgerlichen Ministern ruht, kein Wort mehr davon.

Der Demokratie im Staatswesen gilt die Hege und da die Sozialdemokratie die stärkste Stütze der Demokratie ist, richtet sich gegen sie das Reststreben. Ist im Reiche der Bürgerblock stabilisiert, ebenso in Preußen, ist das Amt des Reichspräsidenten einem zuverlässigen Kontrerevolutionär in die Hände gespielt, werden die Volksmassen ihr blaues Wunder erleben, wie schnell die bürgerliche Presse Barmat, Kustiser usw. in Vergessenheit geraten lassen wird, denn sie muß so wie schon fürchten, daß, wenn die Reinigungsarbeit wirklich und ernsthaft fortgesetzt werden würde, die bür-

gerlich-kapitalistische Gesellschaft vernichtend am Prange stehen würde.

Für die Kontrerevolution wird die jehige Hege betrieben. Der Sozialdemokratie soll die Kraft zum erfolgreichen Widerstande gebrochen werden, denn sie allein ist zu fürchten. Auch der letzte Sozialdemokrat soll aus selbst der beschleunigten Amnestierung vertrieben werden. Die Arbeiterklasse soll wiederum nur bevormundet und von oben herab regiert werden, wie sie nur ausgebeutet und unterjocht werden soll.

Und leider, leider, Zehntausende von Arbeitern unterstützen diese doch so offen vor allen Augen liegende Unternehmungen, lassen sich als Helfer und Besieger der bürgerlichen Presse mißbrauchen und bringen es sogar fertig, das erbärmliche und heuchlerische Treiben der bürgerlichen Presse und der hinter ihnen stehenden reaktionären Parteien und Kräfte zu unterstützen. So sind wir wieder auf dem Wege, durch Mißgunst nicht geringer Arbeiterkreise, ins enge gemaltätigen, die Massen entrechtenden Obrigkeit- und Militärstaat hineinzuschleudern, den demokratischen Staat zu opfern.

In welcher Weise Blätter vom Schlage der „Badischen Presse“ den reaktionären Bestrebungen gegen die Sozialdemokratie Vorschub leisten, dafür ein paar Zitate aus dem gefrigen Sonntagsartikel des Chefredakteurs der „B. P.“. Wir geben die Leistung dieses Herrn, der als Reaktionär vorsichtig in Fitzpatentoffen herantastet und stets eine liberale Biedermeierei zur Schau trägt, ohne weiteren Kommentar. Unsere Leser werden die Absichten der „B. P.“ auch so richtig zu würdigen wissen:

Die geistigen und persönlich-menschlichen Gründe liegen auf der Hand. Eine Weltanschauung, die die Suprematie der materialistisch-bourgeois-moralischen Faktoren als Voraussetzung hat, muß schließlich als Geschäft erscheinen lassen, und weitergehenden Persönlichkeiten, die plötzlich aus einem unscheinbar bescheidenen Dasein heraus in die höchsten Stellen der Verantwortung und in Verbindung mit ganz neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kreisen gestellt werden, ohne die strengen gesellschaftlichen und moralisch-politischen Traditionen des alten Beamtentums in freier Schaltung in Fleisch und Blut übernehmen zu können, leichter den Anfechtungen ausgesetzt, die sich aus der plötzlichen Verührung mit dem Volksleben ergeben. . . .

Diese ganze Enthüllungssaktion kann nur dann einen Sinn haben, wenn sie nach der finanziellen Stabilisierung auch die politisch-moralische Seite dieses ganzen Anfechtungswindels stabilisiert. . . . Diese Enthüllungen beweisen die Notwendigkeit, die Voraussetzungen für solche Veruche so schnell wie möglich zu beseitigen. Dieser ganze Korruptionsschwindel war nur möglich auf dem Boden schwankender Staatsautorität. Er war nur möglich, solange eine Partei in erster Stelle in der Leitung der Staatsgeschäfte saß, die noch nicht genügend gleichzeitig politische Fähigkeiten und traditionsgefestigte Persönlichkeiten zur Verfügung stellen konnte und deren Experimente in der Durchführung einer verhängnisvollen politischen Weltanschauung die psychologischen Notwendigkeiten für eine so tief greifende Korruption schufen. Gerade das sozialistisch orientierte System zwangswirtschaftlicher Bindungen schuf für gewissenlose Einzelne die Möglichkeit unbegrenzter Schieberprofite. Die neue Regierung Luitner hat in dieser Beziehung eine ungeheure Aufgabe. Sie ist frei von sozialistischen Einflüssen in ihren eigenen Reihen. Sie kann und muß im Interesse der Befestigung der Wirtschaftsmoral aufräumen mit allen Heberresten der jetzt endgültig als verfehlt erwiesenen sozialistischen Experimenten. . . . Es muß gründlich reiner Tisch gemacht werden. Die Staatsautorität muß im Persönlichen wie im Sachlichen erneut als ein „rocher de bronze“ stabilisiert werden.

### Kapitalistischer Menschenmord im Ruhrbergbau

Die Katastrophe auf Zeche „Minister Stein“ hat erneut die Leidenhaftigkeit auf die Unfallschiffen im Bergbau gelenkt. In diesem Zusammenhang sind die Unfallschiffen überaus interessant, die das Bochumer „Volkstblatt“ veröffentlicht und aus denen hervorgeht, daß die Unfallschiffen im Ruhrbergbau seit Beendigung des passiven Widerstandes im dauernden Steigen begriffen sind. Während sich im Monat November 1923 „nur“ rund 1000 Fälle ergaben, stiegen die Unfälle im Dezember 1923, also nach Einführung der verlängerten Arbeitszeit, auf 1400. Seit dieser Zeit sind die Unfallschiffen dauernd im Steigen begriffen. Sie stiegen monatlich im gleichen Umfange wie die Klagen über das Arbeiterelend im Bergbau anwuchsen. Mit Ausnahme des Monats Mai 1924, wo die Bergarbeiter ausgesperrt waren, betrug die monatliche Unfallschiffen durchschnittlich 6000, unter denen sich 60 Tote befanden, jedoch also 1924 täglich mehr als 200 Verletzte und 2 Tote zu beklagen sind. Insgesamt betragen die Unfallschiffe im Ruhrgebiet 1924 rund 65 000, wovon die Gesamtzahl auf das letzte Halbjahr entfällt (37 000 Verletzte, 360 Tote).



### Der Standal in der bayerischen Ordnungszelle

Anlässlich der Verhaftung und Antikler-Standale wurde von Dr. Heim und anderen der bayerischen Regierung nachstehende Persönlichkeiten wiederholt im öffentlichen Leben geäußert, daß solche Dinge im bayerischen Ordnungszustand nicht möglich seien. Demgegenüber machte der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer in der Freitagssitzung des Bayerischen Landtages anlässlich der Beratung des Etats für Handel, Gewerbe und Industrie einige aufsehenerregende Mitteilungen über schamlose und verbrecherische Kreditgeschäfte, die innerhalb der bayerischen Wirtschaft teilweise mit Kenntnis der Behörden vorgekommen sind und die zweifellos an die übrigen Länder der bayerischen Wirtschaft übertragen werden können.

Bei dem ersten Fall, den Genosse Bauer anführt, handelt es sich um einen Millionenkredit der Bayerischen Staatsbank an die Münchener Maschinen- und Werkzeugfabrik, der mit Wissen und Willen der Bayerischen Staatsbank nicht der bayerischen Wirtschaft zugute kam, sondern zu einem ausländischen Spekulationsgeschäft, und zwar in Ägypten, verwendet wurde. Dieser Kredit wurde sogar um 100 Prozent überzogen. Das ägyptische Geschäft mißglückte aber vollkommen, so daß der Kredit der Bayerischen Staatsbank voraussichtlich vollkommen verloren ist, da der Direktor der Maschinen- und Werkzeugfabrik gegenüber erklärte, daß er keine Sicherheiten für diesen Kredit geben könne, und zwar auf Grund der ihnen feinerzeit eingeräumten Bedingungen.

Der zweite Fall, den Genosse Bauer anführt, betrifft die bayerischen Betriebe der Deutschen Werke, für die bei der Lieferung aus dem Staatsbüchse an die U. S. Doppelte Inventuren hergestellt wurden. In den Listen, die als Unterlage für den Staat dienen, fehlte die Aufstellung einer Reihe hochwertiger Materialien, die vor der Inventuraufnahme außerhalb der Betriebe bei anderen Firmen, die teilweise fingierte Namen trugen, eingelagert wurden. Bis heute konnte nicht festgestellt werden, ob der Ertrag des Verkaufs dieser hochwertigen Materialien in irgendeiner Form dem bayerischen Staat oder den Deutschen Werken zugute kam oder ob er in die Taschen gewisser Direktoren fiel.

Beim dritten Fall handelt es sich um eine Kreditgeschäfte, die mit bayerischen Behörden direkt nichts zu tun hat. Die betrifft eine große Münchener Bauorganisation für den Wohnungsbau in Bayern. Dem Vertreter der Bauorganisation gelang es auch tatsächlich, mehrere hunderttausend Dollar zu einem Jahreszins von 5-7 Proz. flüssig zu machen für Zwecke des Wohnungsbaus in Bayern. Er und seine Organisation verwendeten aber diese Kredite nicht für den Wohnungsbau in Bayern, sondern verließen sie in privaten Geldgeschäften weiter zu einem monatlichen Zinsfuß von 5 Prozent.

In seinen weiteren Ausführungen machte Genosse Bauer darauf aufmerksam, daß in der Zeit der größten Verflechtung des Geldmarktes gerade die landwirtschaftlichen Genossenschaften des Dr. Heim außerordentlich viel flüssige Mittel zur Verfügung gehabt und riesenhafte Käufe mit Vorzahlung gemacht hätten. Deshalb sei es notwendig, daß der bayerische Handelsminister darüber Auskunft gebe, welche Summen seit Oktober 1923 durch das Reich, entweder durch die Reichsbank oder andere Geldinstitute, dem bayerischen Staat und der bayerischen Wirtschaft gegeben worden seien, und wofür insbesondere der namhafte Kredit gekommen sei, den der bayerische Finanzminister Ende 1923 aus Berlin mitbrachte. Von diesem Kredit finde sich weder in den Bankkonten noch in irgendeinem Staatsbuch etwas.

Im weiteren Verlauf der Staatsdebatte zog der Minister telephonische Erkundigungen über die Angaben des Genossen Bauer ein und erklärte am Schluß der Sitzung, daß im Fall der Deutschen Werke es richtig sei, daß aus den Beständen der bayerischen Betriebe sehr viel gestohlen und veruntrent worden sei. In gewissen Fällen seien die Behörden auch eingeschritten. Bei der zweierlei Listen handle es sich offenbar um eine irrtümliche Auffassung. Die eine Liste enthalte die tatsächlichen Bestände der Betriebe, während die andere Liste den Wert der Materialien angebe, den man beim Verkauf an die Deutschen Werke separatweise einsehen zu können glaube. Bei dem Staatsbankkredit an das Münchener Industriewerk handle es sich um ein ganz einwandfreies Kreditgeschäft, bei dem der bayerische Staatsbank keine Verluste entstanden seien. Der dem Dr. Heim nachstehenden Abg. Kottmeier stellte fest, daß die Deutsche Genossenschaft außer einem Kredit von 250 000 Reichsmark vom bayerischen Staat niemals Kredit erhalten hätte, dagegen rund 16 Millionen Goldmark von der Reichsbank.

Es ist klar, daß mit diesen bloßen Behauptungen der Regierung die vom Genossen Bauer aufgedeckten Kreditgeschäfte nicht aus der Welt geschafft sind. Man wird abwarten müssen, ob die Regierung in die Lage kommt, wirklich befriedigende Erklärungen abgeben zu können.

### Die deutsche Fiskala vor dem Staatsgerichtshof

Dritter Verhandlungstag

Leipzig, 13. Febr. (Gg. Bericht.)

Der dritte Verhandlungstag im Fiskala-Prozess beginnt mit einem Antrag des Verteidigers Dr. Goldstein, den Angeklagten Reumann in einer langwierigen Form zu vernehmen, da dieser infolge der Unklarheiten die ihm von der Staatsanwaltschaft gemacht werden, er wäre nur ein anstehender Spieler gewesen und hätte Parteigänger unterschlagen usw., fesselt zusammengehörigen in und am Donnerstag einen Zehnminutenantrag beschlossen. Rechtsanwält Dr. Schöberl berichtet über den Anfall, der kein elliptischer, sondern ein hyperbolischer sei, jedoch der Angeklagte verhandlungsfähig sei. — Sodann wird in die

Berechnung des Hauptanwalts Reumann eingetreten, der zunächst über die Verbreitung der Profiteure und über den Bürgerkrieg berichtet. Nach einer kurzen Pause kommt er auf die Verwendung der Partei-Kraftwagen zu sprechen, wobei ihm auch einer zur Ausführung der Aufgaben zur Verfügung gestellt werden sollte. Für diesen Wagen wurde ein Käufer gesucht, da der Besitz des Kraftwagens der Partei hätte gefährlich werden können. In der Person des Dr. Kottmeier glaubten sie einen Käufer gefunden zu haben, der nicht Mitglied der SPD war. Später bekam Reumann aus Dresden die Nachricht, daß der Käufer nicht in Berlin, sondern in einer anderen Stadt Deutschlands wohnen solle. Reumann: Es soll doch ein Steuerhinterzieher gewesen sein? — Reumann: Davon ist mir nichts bekannt. Bei der weiteren Berechnung erwähnt er, daß ihm von Reumann zur Erledigung des Generals b. Seckert ein Wagen verpfändet wurde, den sie dem

Brandler, während er zur Sitzung des Finsterkopfes war, entwendet hätten. Der Chauffeur des Wagens sollte Wörner sein, welcher Reumann durch Handschlag verhaften mußte, über alles zu schweigen, was er hört und sieht. — Reumann: Bei ihrer Verhaftung sind auch eine ganze Anzahl Schriftstücke beschlagnahmt worden, u. a. ein Brief an den Führer der russischen Armee Trotski. — Reumann: Jawohl. — Es erfolgt die Verlesung dieses Briefes, aus dessen Inhalt die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes hervorgeht und worin er um eine finanzielle Unterstützung bittet. — Reumann: Haben Sie an Brandler ähnliche Briefe geschrieben? — Reumann: Jawohl. Ich bekam alle 14 Tage 300 Dollar von Schmidt ausbezahlt. Die Geldverhältnisse in der Partei waren nicht mehr so wie bei der Bildung der militärischen Verbände. Ich habe mich öfters mit Brandler über die Befreiung Seckerts ausgesprochen, doch dieser hat sich geäußert, daß es zu spät sei. Am Freitag im November 1923 habe ich den Auftrag erhalten, Seckert zu erledigen. Es tritt hierauf eine Pause von 10 Minuten ein. Nach der Pause wird die Vernehmung fortgesetzt. Reumann: Am Freitag des Finsterkopfes ist eine Denkschrift gefunden worden, die sich mit den Terrorgruppen beschäftigt. Haben Sie diese verlesen? — Reumann: Jawohl. In dieser Denkschrift waren die Ziele der Terrorgruppen niedergeschrieben. — Reumann: Sie wollen den Generals den Chef der Seckertverwaltung anerkennen? — Reumann: Schmidt hat mir den Auftrag erteilt, von Seckert innerhalb zwei Monaten zu erledigen, und er wäre genannt, welche Gruppe den Seckert besitzten würde. — Reumann: Wie planten Sie diesen Mord? — Reumann: Mit meiner parlamentarischen Ehre und mit meinem Leben habe ich mich verpflichtet, alle Aufträge auszuführen. Wir sind zu Willein gekommen und haben uns eine militärische Zeitung gekauft, worin Seckert abgebildet war, um ihn genau zu erkennen. Ich ging mit Willein in den Tiergarten, um Beobachtungen anzustellen, da Seckert täglich Spaziergänge im Tiergarten unternahm. Mit mir war außer Willein, Egon, Hoepf und Margies, der mir unter einem Decknamen beigegeben wurde und aus Potsdam kam. Auch gingen wir nach dem Reichswehrministerium, um Seckert aufzulauern. Jedoch ist es uns nie gelungen, Seckert zu begegnen.

Aus dem weiteren Vernehmung ergibt sich, daß Reumann den Vorfall gemacht hatte, Seckert während des Reitens im Tiergarten vom Pferd zu stoßen. Er hätte die feste Absicht, den Fall Seckert aufzuklären zu erledigen. Ferner erwähnt er, daß er bisher noch keine Aussage zu seiner Entlassung gemacht habe, da er glaube, es würden ihm von Kommunistischer Seite verlässliche Lebensmittel im Unterdrückungsgefängnis gewährt werden. Er habe von einem Genossen Max Brack einmal im November 1923 einen Brief erhalten, in dem dieser schrieb: „Du bist noch nicht frei, du bist schon längst tot.“ Ich weiß auch heute noch nicht, ob ich jemals Angaben zu meiner Entlassung machen werde. Er habe mich meine Angaben über die SPD anschlüssig gemacht, ich hätte in der SPD einen Artikel geschrieben, der meine Verhaftung ein Artikel hand, in dem ich auf die Schwärze der SPD hingewiesen hätte.

Die Verhandlung wird hierauf geschlossen und auf Samstag früh 9 Uhr vertagt.

**Korruption**

Aus dem Reichstag schreibt man uns: Der Reichstagsabgeordnete Lubendorf war schon im vorigen Reichstag eine vollständige Pufferei. Seine einzige parlamentarische Tätigkeit bestand darin, daß er seine Diktion abhob und die Freispartei ausgiebig benutzte. Weder im Plenum des Reichstags noch in seinen Ausschüssen hat er irgendwelche Tätigkeit entfaltet. Im neuen Reichstag scheint er sich auch nicht der Mühe, ab und zu bei der Sitzung zu erscheinen, was meiner Meinung nach ein Zeichen für die Freispartei ist, daß sie sich nicht mehr um die Angelegenheiten des Reichstags kümmert. Er begibt sich also seine Diktion und den Vorred der Freispartei, ohne irgendwelche Gegenleistung dafür auszuüben. Es ist uns auch nicht bekannt geworden, daß der Reichstagsabgeordnete Lubendorf sich wegen Krankheit hätte beurlauben lassen. Nun werden die Reichstagsabgeordneten als Aufwandsentschädigung bezahlt, und die Freispartei ist nicht der Person des Abgeordneten genehmigt, sondern seinem Amt. Es scheint uns auch zum Kapital Korruption zu gehören, wenn ein Abgeordneter Diktion besitzt und frei auf der Reichsbahn fährt, ohne seine Pflichten als Parlamentarier zu erfüllen.

**Der Aufzug mit den Landesverratsprozessen**

Stuttgart, 14. Febr. (Gg. Bericht.) Zwei seit Monaten schwebende Strafverfahren wegen Landesverrats gegen den Reichstagsabgeordneten „Schwäbischen Tagewacht“, Gen. Schlenker, sind nunmehr eingeleitet worden. Nicht ist für den Aufzug dieser Landesverratsverfahren kennegeordnet als der Inhalt der Verfahren erheblichen Anklagen. In dem einen Fall wurde der Landesverrat darin erblickt, daß in einem Bericht über eine Lohnbewegung der Eisenbahn, von „Panzerwagen für den Bahnhofs“ gesprochen wurde, während die Eisenbahnverwaltung diese Fahrzeuge „beheftmäßig gestützte Bahnschneepflüge“ nennt. Der zweite Fall betraf mehrere wahrheitsgetreue Mitteilungen über den Verlauf von „Maueranlagen“ in Württemberg, deren Programm einfach aus bauerntümlichen Zeitungen wiedergegeben wurde. Die hündlerischen Zeitungen, die von der Beteiligung der Reichswehr an den „Maueranlagen“ und der Verwendung von Infanteriegeschützen für Reichswehrgeschichten hatten, blieben selbstverständlich unbehelligt.

**Deutscher Reichstag**

Berlin, 14. Februar.

Präsident Seebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20. Das deutsch-polnische Handelsabkommen, das deutsch-polnische Handelsabkommen, das deutsch-polnische Handelsabkommen mit Österreich und das vorläufige Handelsabkommen mit Portugal werden den zuständigen Ausschüssen übergeben.

Der Gesetzentwurf über die Todesstrafe für Kriegsverbrecher wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Bei Artikel 1 des Gesetzes soll künftig als Todesstrafe ein gesetzlich festgelegter Tag angenommen werden, und zwar der 10. Januar 1925, der Tag des Friedensschlusses.

Die Vorlage über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Reichspolizeiamt wird angenommen.

Ein Antrag Reich (Gg. Bericht.) über die Auslegungszulagen für die bei der Eisenbahn sowie Verwaltung beschäftigten gemeinen Arbeiter wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten über Maßnahmen zur Bekämpfung des Inflationswiderstandes aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen Verlenen werden dem Ausschuß für die besetzten Gebiete überwiesen.

Ein Antrag Reich (Gg. Bericht.) wonach im Reichspolizeiamt festgelegt werden soll, daß der Verwaltungsrat aus höchstens 32 Mitgliedern bestehen darf und wonach jede Reichstagsaktion ein Mitglied stellen darf, wird dem Verlehrsamt überwiesen.

25 Anträge, die die Besoldungsfrage betreffen, gehen an den Haushaltsausschuß.

Zum Punkte höheres Schulwesen werden zur Beratung gestellt Anträge von Dr. Scholz (D.P.), Rumm (D.M.), Müller-Franken (Soz.) und Koch-Weser (D.), die den Lehrgang der höheren Schulen betreffen.

Abg. Döwener (Soz.) nennt es ein dauerndes Verdienst der Nationalversammlung, daß sie wenigstens ein Gesetz auf dem Gebiete der Kulturfragen zu Wege gebracht habe, nämlich das Grundschulgesetz. Seitdem sei die Initiative der Reichsregierung auf diesem Gebiete erloschen. Der Redner fordert die Bildung eines Reichsausschusses. Der Ausschuss sollte die Bildung eines Reichsausschusses, der sich dann die schulpflichtige höhere Schule aufbauen soll, auf der sich demokratische soziale Schulen aufbauen soll. Die Sozialdemokratie werde die sozialen Schulen ergreifen. Abg. Dr. Köhler (D.M.) wendet sich gegen die Verfüzung der Schulzeit in der höheren Schule und fordert ein Gesetz zum Schutze der neunjährigen höheren Schule. Mit den Schulreformen müsse man jetzt aufhören. In Hamburg sei der Versuch der achtsjährigen Schule vollkommen gescheitert. Begabte Kinder müßten die Möglichkeit haben, nach drei Jahren Grundschule zur höheren Schule überzugehen. Das bedeutet keine Ständeschule. Die Regelung mache keinen Unterschied zwischen Arm und Reich. Demokratisches Schulkennzeichen sei hier nicht angebracht.

Abg. Dr. Kunkel (D.P.) erklärt, die deutsche Volksschule sei durchaus auf dem Wobden der Grundschule. Der Redner tritt gleichfalls dafür ein, daß eine Möglichkeit geschaffen werde, die Grundschule auch in drei Jahren zu absolvieren. Vier Jahre lang begabte Kinder in der Grundschule festzuhalten, bedeute eine Verhinderung an der Seele dieser Kinder. Die Entscheidung über die Überführung in die höhere Schule wird ja nicht von den Parteimännern entschieden, sondern vom Lehrerkollegium getroffen. Darum wird der Gewinn eines Schuljahres aus der Arbeit der Kinder bringen. Das Bildungsziel der höheren Schule sei in acht Jahren zu erreichen.

Staatssekretär Schulz: Über alle diese Fragen muß noch mit den Ländern verhandelt werden. Außerdem wird sich zur Kostenfrage aus dem Finanzministerium noch zu äußern haben.

Abg. Frau Lange-Brunmann (D.P.) erklärt, Bayern wolle die alte Vorstufe nicht mehr und trete für Beibehaltung der vierjährigen Grundschule ein.

Abg. Dr. Köhler (D.M.) verlangt ein Rahmengesetz, um eine Zerschlagung des Schulwesens zu vermeiden. Die Schulhoheit der Länder dürfe nicht angetastet werden. Wenn den Ländern höhere Schulstellen aufgegeben würden, müßte das Reich dafür aufkommen. Auf der Grundschule lasse sich die Vopung der Kinder nicht übersehen. Der Redner fordert Schaffung eines Lehrplans, der eine abschließende Bildung für einen praktischen Beruf ermöglicht.

Abg. Meißner (D.P.) fordert, daß ein einheitlicher Bildungsbegriff das ganze Schulwesen von Kindergarten bis zur Universität durchdringe. Ob die Grundschule mit drei oder vier Jahren auf die Dauer genügen werde, müsse erst die Erfahrung lehren. Vom Standpunkt der religiösen Erziehung würde die Auflösung oder Differenzierung der Grundschule zugunsten der gabler Kinder das Aufgeben der konfessionellen Schule sein; das würde das Zentrum die Hand nicht bieten. An der neunjährigen höheren Schule sollte man vorläufig nicht rütteln. Der Redner fordert, daß die Regierung auf dem Gebiete der Schulreform mehr Initiative entwidelt.

Abg. Bönke (Komm.) fordert Abschaffung der Klassenbesetzung und Verbesserung der Lehrmethode, Schulpolitik und Weltanschauung seien nicht zu trennen.

Sämtliche Anträge werden darauf dem Bildungsausschuß überwiesen.

Es folgt die Beratung der sozialdemokratischen Anfrage auf Aufhebung der Berechnung des Reichspräsidenten über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände. Die rechtsnützliche Aufnahme von Krediten im Ausland soll mit Zustimmung des Finanzministeriums gestattet sein.

Abg. Beck (Soz.) behauptet, daß durch den Erlaß der Verordnung die Rechte des Reichspräsidenten geschwächt worden seien.

Abg. Köhler (D.M.) stellt fest, daß bei dieser wichtigen Beratung kein Regierungsdirektor anwesend sei. Als er selbst Reichstagsdirektor gewesen sei, hätten die Herren von der Rechten nicht laut genug schreien können, wenn die Minister nicht vertreten waren.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Finanzministers die Abhebung des Gegenstandes von der Tagesordnung.

Das Haus beschließt demgemäß und vertagt sich auf Montag nachmittags 3 Uhr: Haushalt des Verkehrsministeriums. Schluß gegen 6 Uhr.

**Aus dem Freistaat Baden**

**Wohnungsnot und Wohnungsbau**

Aus dem Haushaltsausschuß des Badischen Landtages In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 11. Februar wurde die Denkschrift des Ministeriums des Innern über „Wohnungsnot und Wohnungsbau in Baden“ beraten. In einem außerordentlich instruktiven Vortrag erstattete der Berichterstatter Dr. Glöckner den Bericht hierüber, einerseits die gesetzliche und finanzielle, andererseits die moralische und sittliche Seite der Wohnungsfrage, der Wohnungsnot besonders hervorhebend. Hauptfrage der ganzen Wohnungsnot sei: Wie können die zum Bau neuer Wohnungen benötigten Mittel aufgebracht werden? Nach Berechnung der Möglichkeit, Mittel aus den allgemeinen Staatseinnahmen hierzu aufzubringen, stehe dem bad. Staate nur die Möglichkeit zu, die Gebäude von der Steuer mehr wie bisher heranzuziehen. Aber hier ergebe sich sofort die weitere Frage: Kann das Erträgnis der Gebäudesteuer, auch nach Neuregelung der Reichssteuergelese überhaupt noch für Wohnungszwecke verwendet werden, oder muß dieses Erträgnis nicht in erster Linie für allgemeine Staatszwecke dienen?

Vor Eintritt in die Debatte teilte der Minister des Innern mit, daß Oberregierungsrat Imhoff, der seitdem im Arbeits- und Innenministerium die Wohnungsfrage bearbeitete, in das Reichsarbeitsministerium nach Berlin berufen worden sei. Er sprach dies aus dem bad. Staatsdienste auscheidenden Beamten namens der Regierung den herzlichsten Dank für seine dem bad. Volk geleisteten Dienste aus. Dessen Dank schloß sich der Vorsitzende des Ausschusses, wie die einzelnen Redner an. — Der Minister des Innern ergänzte hierauf noch im einzelnen die Denkschrift und schloß mit der Aufforderung, daß der Landtag sich völlig klar darüber sein müsse, was nun in Zukunft in der Wohnungsfrage zu tun sei; insbesondere hinsichtlich der immer drohenden Gefahren der Wohnungsnot in städtischen Siedlungen. — In der nun beginnenden Aussprache wurde



# Riesengewinne der Empfänger der 700 Ruhrmillionen

## Wachsende Leichenberge der getöteten Ruhrproletarier — Anhäufung riesiger Gewinne der Ruhrindustriellen — Thyssen „verdiente“ allein in zehn Jahren 300 Goldmillionen — Thyssen ist Mitempfänger der 700 Ruhrmillionen — Die Arbeiter leben in Not und Elend, fallen zu Hunderten für die Raub- und Schandwirtschaft.

Alleits die dringende Pflicht auch der bad. Volkswirtschaftler anerkannt, der Wohnungsnot und dem Wohnungselend sofort mit allen Mitteln zu begegnen. Ueber die Wohnungsnot, die sittlichen und moralischen Gefahren derselben, wurden Einzelberichter gegeben, die geradezu erschütternd wirkten. War so der Ausschuss in dieser Frage einmütig, so änderte sich das Bild sofort als die Frage der Aufbringung der Mittel zum Wohnungsbau in den Vordergrund gerückt wurde und die ganze weitere Ausprache war nur noch eine Neuauflage all der Kämpfe um das Gebäudebesondersteuerge setz der Monate Juni und Juli letzten Jahres, die in der sozialdemokratischen Presse ausführlich dargestellt wurden, scharfe Ablehnung des Gesetzes durch die Vertreter der Landwirtschaft und der Grund- und Hausbesitzer, größte Sachlichkeit und Ernst bei anderen Rednern, Zurückhaltung anderer mit Rücksicht auf die innere Wohnungsnot.

Von Seiten der Regierung wurde neues Zahlenmaterial gegeben, das bei seiner Wichtigkeit hier wieder gegeben sei:

An Gesuchen um Baudarlehen waren rückständig 2957 eingelaufen, von denen 1399 mit 3157 Wohnungen bewilligt werden konnten. Zurzeit sind 1681 Darlehensgesuche mit 3081 Wohnungen unerledigt, mangels verfügbarer Mittel, Zahlen, die gemiß die Dringlichkeit der Bereitstellung weiterer Mittel beweisen.

Ueber den Bezug zur Gebäudebesondersteuer, die Veranlagung in Stadt und Land, wurden folgende Zahlen bekanntgegeben, die aber noch nicht vollständig sind, da die einzelnen Unterlagen fürs ganze Land noch nicht vorliegen. Diese Zahlen lassen aber doch schon einen gewissen Schluß darüber zu, daß, wie bereits wiederholt mitgeteilt, die überwiegende Last der Gebäudebesondersteuer von den Mietern der Städte getragen wird. Die Veranlagung ist folgende:

a) in den Landbezirken:

Gebäude:	Steuerwert:	Steuerpflichtig:
Adelsheim	20,8 Millionen	7,9 Millionen
Bruchsal	65,3 "	27,5 "
Bühl	84,9 "	45,5 "
Heidelberg	74,7 "	27,6 "
Karlsruhe	61,7 "	29,1 "
Wertheim	21,0 "	9,0 "

b) in den Stadtbezirken:

Gebäude:	Steuerwert:	Steuerpflichtig:
Bruchsal	40,1 Millionen	34,3 Millionen
Durlach	36,6 "	32,5 "
Heidelberg	238,8 "	220,0 "
Karlsruhe	460,0 "	438,0 "
Mannheim	805,0 "	788,0 "
Willingen	27,0 "	24,0 "
Weinheim	34,0 "	28,0 "
Freiburg	343,0 "	317,0 "

Als Ergebnis der Ausprache konnte festgestellt werden, daß die Mehrheit des Ausschusses bereit ist, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Fraktionen folgender Lösung auszuweichen:

Die geleihete Miete wird ab 1. März oder 1. April auf 80 % der Friedensmiete erhöht. Von der Erhöhung der Steuern der Erhaltung von 65 % auf 75 % werden für Bauwende 5 % bestimmt, 5 % erhöht der Hausbesitzer, statt seither 10 % für den letzteren. Das Aufkommen aus der weiteren Erhöhung von 75 % auf 80 % wird ganz in vollem Umfang für den Wohnungsbau verwendet.

Die Lösung würde ungefähr ein Aufkommen von 7 Millionen Mark bedeuten, also eine Finanzierung aus Staatsmitteln von zirka 1750 Wohnungen, dem vierten Teil der in der Denkschrift vorgeschlagenen Bauprogramme.

Diese Lösung wurde ausdrücklich als eine Zwischenlösung bezeichnet, um baldmöglichst flüssige Mittel für den Wohnungsbau bereitzustellen zu können, ohne der geleihelten Regelung der Steuererhöhung durchs Reich, besonders der Gebäudebesondersteuer, vorzugreifen.

### Die Landwirtschaftskammer und die Förderung des Obstbaues

Von der Badischen Landwirtschaftskammer wird uns geschrieben: Unter dieser Ueberschrift erschien in Nr. 29 des Volksfreund ein Artikel, in welchem der Badischen Landwirtschaftskammer eine einseitige Einstellung gegenüber dem Verband badischer Kleingarten- und Gartenbauvereine zum Vornurf gemacht und die Frage aufgeworfen wurde, für welche Zwecke der jährliche staatliche Zuschuß für Obstausförderung verwendet würde. Obiger Vorwurf wird erhoben im Zusammenhang mit der Ablehnung eines Gesuches eines Gartenbauvereins, der um einen Zuschuß zur Dedung der Lasten ersucht, die ihm bei der Anlage einer Baumenschule entstanden sind. Es ist dazu zunächst zu bemerken, daß der Staat einen jährlichen Zuschuß für die Förderung des Obstbaues an die Landwirtschaftskammer nicht leistet. Der Staat gewährt dagegen einen jährlichen Betrag für die Förderung der Gesamtwirtschaft, der im Verhältnis zum Gesamtaufwand gegen früher allerdings als ein recht beachtlicher zu bezeichnen ist. Welche Bemerkung wir in diesem Zusammenhang für unangebracht und auch für nicht richtig halten, wird die folgende Aufzählung zeigen.

Die vorhandenen Mittel werden, wie das bei einer öffentlichen Körperschaft verlangt werden muß, nach festliegenden Grundrissen und Richtlinien zur Lösung bestimmter Aufgaben und nach den vorliegenden Vorschlägen verwendet. Weder in früheren Jahren, noch jetzt können nach diesen Bestimmungen Zuschüsse für die Anlage einer Baumenschule gewährt werden, weil „Baumschulen nicht in erster Linie obftausförderung, sondern gesamtökonomische Unternehmungen“ sind. Es kommt dazu, daß für eine erfolgreiche Verwirklichung in der Baumenschule unbedingt sachverständige Leitung verlangt werden muß. Man erinnere sich doch an die sogenannten Winkelschulen, an deren endlichen Ausrottung der Gesamtwirtschaft das größte Interesse hatte. Es kann auf der einen Seite doch nicht behördlich unterstützt werden, was man wenige Jahre zuvor behördlich unterbunden hat. Die Bewilligung von Mitteln ist nach den geltenden Bestimmungen auch in der Regel davon abhängig, daß die Gesuche der Ausführung der geplanten Unternehmungen an die Landwirtschaftskammer eingereicht werden, damit es so möglich ist, daß die Unternehmung rechtzeitig beschleunigt beraten werden können.

Es dürfte somit erwiesen und für jedermann klar sein, daß hier nicht eine einseitige Einstellung vorliegt, sondern daß die

Troßdem die bürgerliche Presse systematisch den ungeheuerlichen Skandal zu vertuschen versucht, der mit der Bewilligung von rund 700 Goldmillionen an das ausbeuterische Ruhrkapital durch die Herren Dr. Luther und Stresemann unter Billigung der bürgerlichen Politiker verübt worden ist, wächst sich dieser Skandal täglich gewaltiger aus. Die auch die „Frankfurter Zeitung“ durch Zuschriften mittelst, die ihr aus Kreisen der Klein- und mittleren Geschäftswelt des Ruhrgebietes zugegangen sind, ist die Empörung über das Verhalten der heutigen Würgerkammer im Steigen begriffen. Innerhalb der Arbeiterklasse im Ruhrlande gerichtet, in Not und Elend läßt man sie sitzen; schwer geschädigt sind so viele Geschäftsleute und Angehörige, sie erhalten vielleicht Betteleien, während die Ruhrbarone, die während des Krieges und durch die Inflation Riesengewinne zusammengeschichtet haben, mit Hunderten von Goldmillionen bedacht worden sind.

Wie das deutsche Volk von den Leuten, die den Patriotismus gepachtet haben, geschädigt worden ist, dafür gibt es reitzehemend nur wenige Anhaltspunkte. Wo man solche aber findet, beweisen sie bereits, daß die Summen, um die man heute handelt, lumpige Pfennige sind im Verhältnis zu den Beträgen, die die großen Kapitalmagnaten an der Ruhr in des Volkes tiefer Not an sich zu ziehen verstanden, ohne daß die Staatsanwaltschaftsorgane furcht und ohne daß man über die an den Zuwendungen beteiligten Beamten gleich Schlafmittelschichten „entfällt“.

Vor dem Kriege gehörte der Schwerindustrielle August Thyssen — nur einen, und längst nicht der größte Schwerindustrielle — zu den Leuten, die in der Hochfinanz schon eine Rolle spielten, aber auf Grund der Steuererklärungen blieb sein Vermögen weit hinter dem der Krupp, Haniel von Dornier und der Hohenlohe-Schringen zurück, die alle schon 1908 mehr als 150 Millionen Vermögen besaßen.

Die großen Industriekörner von der Ruhr erklären in der Öffentlichkeit immer wieder, daß sie die notwendige Beschäftigungsklasse in Deutschland darstellen. Will man ihnen glauben, so geht es ihnen noch schlechter als den notleidenden Großagariern.

Sie nehmen deshalb, woher sie kriegen können. Sie nahmen die Papierkredite in der Inflationszeit. Sie nahmen die Lohnsicherungen und die Gelder für unproduktive Aufwendungen. Sie nahmen den Arbeitern die Großgelder, die sie ihnen am Lohn abzwangen. Sie nahmen der schwer tragenden, unter der Not leugenden Bevölkerung den Lebenspreis für Kohle. Sie nahmen als notleidende, um Gottes willen um Reichthümer bettelnde Unternehmern von dem nur zu willfährigen Finanzministerium den 700 Millionen Goldmark Entschädigung.

Sie nahmen auch Kredit, vor allem im Ausland. Arme notleidende Ruhrindustrielle! Aber wenn sie um ausländische Kredite werden, reden sie anders, als wenn sie bei der Reichsregierung um Entschädigung betteln. Da sagen sie, wie sie wirklich beschaffen sind! Die Firma Thyssen will in Amerika einen Kredit

Angelegenheit eine ganz korrekte Behandlung erfahren hat. Und daß die Einstellung der Landwirtschaftskammer den Kleingarten- und Gartenbauvereinen gegenüber nicht eine einseitige ist, dürfte auch daraus hervorgehen, daß auch inzwischen alle Wünsche der Vereine nach Beiträgen, Beratungen etc. soweit irgend möglich Berücksichtigung gefunden haben.

Der Badische Landtag nimmt am kommenden Mittwoch den 18. Februar, nachm. halb 5 Uhr, seine öffentlichen Beratungen wieder auf. Zunächst werden einige kurze Anfragen beantwortet und es soll dann die Abstimmung über den Antrag Reichshand (Zentrum) über die Einfuhr von Zuckerrüben aus dem Ausland und die Förderung der Zuckerrübenzüchtung erfolgen. Weiterhin werden zur Verhandlung kommen die Anträge und Entwürfe über die Erhaltung des Kindererholungsheimes Seuberg und über die Verpachtung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Seuberg. Ferner steht die Tagesordnung unter anderem die Behandlung von Anträgen über die Gebäudebesondersteuer vor.

Stattliches aus der Gegend, Landeskirche Baden. Nach dem Tode vom 1. Januar 1925 zählte die evangel. Landeskirche 585 Geistliche; davon stehen 399 im Gemeindeamt, 8 sind Pfarrer der Landeskirche, 10 für den Dienst in Vereinen und Anstalten, besonders der Inneren Mission beurlaubt, 4 sind an Staatsanstellungen tätig. Unständige Geistliche waren am 1. Januar 1924 vorhanden, davon 160 im Dienst der Landeskirche, 8 als unständige Religionslehrer an höheren Lehranstalten und 6 sind nicht oder nicht im Dienst der Landeskirche verwendet. Im Jahre 1924 sind aus den Hauptprüfungen 18 Geistliche zugegangen gegenüber den 32 vom Jahre 1923. Gestorben sind 7 Geistliche, davon 4 im Dienst und 3 im Ruhestand. In den Ruhestand versetzt wurden 12 Pfarrer, auf Ansuchen entlassen 1 Pfarrer. Dem Zugang von 18 Geistlichen steht ein Abgang von 20 gegenüber. Es bestehen 441 Pfarrstellen, von denen 399 besetzt waren, 16 nachträglich oder durch Pfarrer im Ruhestand besetzt und 36 verfallen sind. Geleitet wurden 33 Pfarreien, durch Vererbung oder andere Veranlassung des Inhabers 17, durch Zurechtweisung 12, durch Entlassung auf Ansuchen 1 und durch Tod 8 Pfarreien. Neuerliche wurde 1 Pfarrei, Besetzt wurden 17 Pfarreien, davon 7 durch Gemeindevahl. Zwei Geistliche sind im Jahre 1924 zu Kirchenräten ernannt worden, ein Geistlicher wurde zum Kirchenpräsidenten gewählt, einer zum Prälaten ernannt. Zwei geistliche Oberkirchenräte scheideten aus, einer von diesen wurde zum Kirchenausparrter ernannt.

### Aus der Partei

#### Der Austritt Dr. Müllers aus der Partei

wird von der Presse dahin kommentiert, daß Müller sich von der Partei getrennt habe, weil seine wiederholten Warnungen vor Barmat nicht beachtet worden seien. Dr. Müller hat den Parteivorstand niemals vor Barmat gewarnt. Er hat erst fünfzig vor einem bürgerlichen Publikum einen Vortrag gehalten, in

dem er von 12 Millionen Dollar aufnahm. Sie hat dazu einen Prospekt verfaßt, in dem sie ihre geschäftliche Situation schildert. Das sieht anders aus wie die beweglichen Klagen über die Notlage der armen Ruhrindustriellen!

Bei der Würdigung der folgenden Zahlen muß man im Auge behalten, daß Thyssen durch das Friedenskapital große Auslandsbekanntmachung verloren und ebenso wie die anderen Auslandsdeutschen nicht vollkommen ersetzt erhalten hat. Dann erst wird man die Größe der Zahlen voll ermessen. Auf Zuverlässigkeit haben die Angaben um so größeren Anspruch, als sie der Aufnahme eines Kredits von 12 Millionen Dollar zugrunde gelegt und von einem amerikanischen Ingenieurfachverständigen nachgeprüft sind.

Demnach beträgt der Vermögenswert der für die Thyssensche Anleihe zugrunde gelegten Bergwerke und Güten auf Grund der deutschen Gesehungskosten 117,2 Millionen Dollar = 499 Millionen Goldmark. Wollte man die fraglichen Werke heute neu aufbauen, so würden sie rund 166 Millionen Dollar = 697 Millionen Goldmark kosten. Würde man bei diesem Neuaufbau nicht die niedrigeren deutschen Löhne ausnützen, sondern mit amerikanischen Gesehungskosten arbeiten wollen, so betragen die Kosten hierfür 250 Millionen Dollar,

mehr als eine Milliarde Goldmark!

Die gewaltige Höhe dieser Summe wird erklärlich, wenn man hört, daß in dem Anleiheprospekt allein der Rest Thyssens an Aktienleihen als „der größte private Besitz dieser Art“ bezeichnet wird.

Eine Milliarde Goldmark besitzt also Thyssen heute, wenn man die Reproduktionskosten seiner Anlagen nach internationalen Maßstäben zum Ausgangspunkt nimmt. Das ist das Vermögen eines Mannes, dessen Familie 1871 mit ganzen 8000 Dollar angefangen, Gewinne auf Gewinne gehäuft hatte und trotzdem vor dem Kriege sicher noch keine 200 Millionen Mark als sein Eigentum nannte. Geht man bloß von dem Wert aus, den die Anlagen heute nach den deutschen Gesehungskosten haben, so erhält man bereits ein Vermögen von annähernd 500 Millionen Goldmark. Thyssen hat — trotz Kriegsverlusten, Kriegsgewinnsteuern usw. — seit 1914 mindestens 300 Millionen verdient. Andere, wie Stinnes, haben noch mehr eingeheimst. Sie alle scheuen sich nicht, vom Reiche Geschenke anzunehmen, die in die Hunderte von Millionen gehen!

So sehen die notleidenden Ruhrindustriellen aus, die aus dem Staatsvermögen 700 Millionen Goldmark erhielten, 700 Millionen Goldmark, während das Volk und die Wirtschaft unter drückender Steuerlast seufzt. Für sie wurden die hohen Steuern gezahlt! Haben sie selbst ordnungsgemäß ihre Steuern gezahlt? Ist dieser enorme Vermögenszuwachs ordnungsgemäß versteuert worden?

Das Volk zahlt, und eine reaktionäre Presse setzt dafür, daß man die Millionen, die vielleicht, durchaus noch nicht genügt, an kleine Anfänger verlorengegangen sind, schwerer nimmt als die Milliarden, die aus dem Blut der Kämpfenden und aus der Hungernot in Krieg und Inflation von wenigen Großverdienern gesogen worden sind.

dem er den Fall Barmat berührte. Daraufhin war er zu einer Aussprache in das Büro des Parteivorstandes gebeten, lehnte aber sein Erscheinen ab in einem Brief, in dem er u. a. sagte: „Meine Bedenken sind rein allgemein politischer und parteipolitischer Art und berühren die persönliche Integrität der Betroffenen ebensowenig wie ihre parteipolitischen.“ Für den Parteivorstand war damit die Angelegenheit erledigt. Wenige Tage darauf vollzog jedoch Dr. Müller seinen Austritt.

### Bauers Ausschluß aus der Partei

Wie der „Vorwärts“ berichtet, stimmte der erweiterte Parteivorstand Berlin der sozialdemokratischen Partei in seiner Sitzung am Samstag den Anträgen auf Ausschluß des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Bauer aus der Partei einstimmig zu.

Bauer hatte vor einigen Tagen in einer Zuschrift an die Berliner Bezirksleitung gebeten, zur Ausschlußfrage entgültig erst dann Stellung zu nehmen, wenn die Untersuchung völlig abgeschlossen ist. Bauer wird wahrscheinlich an den Parteivorstand appellieren.

### Hilfe

für die Opfer der Grubenkatastrophe auf der Zeche Minister Stein in Dortmund

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei für das Westfälische Westfalen hat eine Sammlung für die Opfer der entsetzlichen Grubenkatastrophe auf der Zeche Minister Stein eingeleitet und hat den von diesen herben Schicksalsschlag betroffenen Familien bereits eine 1. Rate überwiesen. Beträge für dieses Hilfswerk können eingezahlt werden auf das Bank-Konto Franz Klupich und W. Sattler bei der Commerz- und Privat-Bank in Dortmund und auf das Konto Franz Klupich, Dortmund, Weststraße 5, Postfachamt Dortmund Nr. 3278.

### Gewerkschaftliches

#### Streik der Steinmehlen im Mannheimer Gebiet

Mannheim, 13. Febr. Nach einer Mitteilung des Verbandes der Steinmehler ist in Mannheim Ludwigshafen in allen Betrieben der Sandstein-, Kalkstein-, Marmor- und Granitbetriebe und Grabmalgeschäfte der Streik proklamiert worden.

#### Annahme des Abkommens in der Heidelberger Metallindustrie

Heidelberg, 14. Febr. Die Arbeiter in der Heidelberger Metallindustrie (die Firmen Fuchs, Damm, Mannesmann-Schneidmühl und Helmreich) haben fast einstimmig das Abkommen angenommen, das die 5tägige Arbeitszeit wie bisher vorsieht,







### Soziales

#### Erhöhung der Erwerbslosenziffer

In der Zeit von Mitte Januar bis 1. Februar hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 586 000 auf 591 000, d. h. um rund 1 Prozent erhöht. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 43 000 auf 41 000 verringert. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigter Angehöriger von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 790 000 auf 812 000 gestiegen.

In einzelnen Industriezweigen macht sich eine leichte Vermehrung der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Da im Februar erfahrungsgemäß der Personalbedarf der Landwirtschaft wirksam wird, so darf, wenn nicht besondere Umstände eintreten, der Tiefpunkt des Arbeitsmarktes als überschritten angesehen werden.

Es wäre aber ein Fehlschluß, wenn man annehmen würde, daß die Erwerbslosenziffer tatsächlich 591 000 betragen würde. In dieser Ziffer sind nur die Unterstützungsempfänger inbegriffen. Da es aber noch Tausende und Abertausende Arbeitslose gibt, die keine Erwerbslosenziffer erhalten, so kann man mit einem Arbeitslosenheer von über 600 000 rechnen.

### Kleine badische Chronik

**Forchheim.** Man schreibt uns: Das Denunzieren Andersdenkender war bei unseren Gegnern von jeher ein beliebtes Mittel, um die böse Sozialdemokratie sowie die Arbeiterbewegung im allgemeinen zu bekämpfen. Es wird dieses Mittel besonders dann gerne angewendet, wenn der Denunziant und seine Hintermänner für sich daraus wirtschaftliche Vorteile zu ziehen. Die wahre Bestimmung dieser Menschen ist daraus zu erkennen, daß sie ihnen gleichgültig ist, ob durch ihre Handlungswiese auch einige Familienmitglieder um Arbeit und Brot kommen. Die Arbeitervereine besitzen hier ein Volkshaus, in dem Sinner-Bier zum Ausschank kommt. Wenn nun Mitglieder dieser Vereine, die in der Brauerei Moninger beschäftigt sind, an einer Veranstaltung im Volkshaus teilnehmen oder sonst einmal ein Glas Bier dort trinken, dann haben sie sich zu gewöhnen, da von einem der nächsten Tage in der Brauerei Moninger für ihre Mitsicht zur Rechenschaft gezogen werden, weshalb sie im Volkshaus Sinner-Bier getrunken haben, während es in Forchheim doch auch Moninger Bier zu trinken gäbe. Wir meinen nun, daß wir soweit nicht doch nicht sind, daß die Arbeiter für ihren Lohn nicht nur ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen müssen, sondern daß sie auch in ihrer freien Zeit noch dem Betriebe, in dem sie arbeiten, tributpflichtig sind. Die Großbrauerei Moninger ist doch u. e. w. wichtig nicht auf den Konsum von den paar Glas Bier angewiesen, die sich ihre Arbeiter zu trinken erlauben können? Wir dürfen wohl erwarten, daß die Direktion der Brauerei Moninger sich veranlaßt sieht, dem gemeinen Denunzianten die gelübte Antwort zu geben.

**Mühlhausen bei Wiesloch.** Freitag nacht entstand in dem Ladenraum des Kaufmanns Johann Jakob Hoch ein Brand. Nachdem das Feuer rasch gelöscht werden konnte, ist ein großer Teil der Warenabrechnung samt der Waren verbrannt. Das Feuer soll durch eine brennende Zigarre, welche ein Käufer liegen gelassen, entstanden sein.

**Wannheim.** Seit 5. Februar wird der Volksschullehrer Otto Dell, wohnhaft in der Wannenstraße, der 2. Klasse — Donnersbach — wurde von einer Polizeistreife hier eine 29 Jahre alte Schularbeiterin festgenommen, die sich freiziehend und lebend herumtrieb. In der Polizeiwache angekommen, brach bei ihr Lebenslust aus. Sie wurde nach dem Krankenhaus verbracht.

**Weinheim.** Beim Brande eines Kraftautomobils in der Marktstraße erlitt der 18 Jahre alte Fritz Ballendorf von hier Brandwunden, denen er im städtischen Krankenhaus erlag.

**Weinheim.** Der verheiratete 57jährige Maurer Johann Schmitt von Unterabtheim wollte auf ein in voller Fahrt befindliches Kraftauto aufspringen, kam jedoch zu Fall, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er bald nach dem Unfall starb.

**St. Georgen (Schwarzwald).** Hier wurde der Maurer Pfister, der aus dem Hohenlohenstamm kommt, wegen eines Stillschlechtsverbrechens an einem 13 Jahre alten Mädchen verurteilt.

**Mühlheim.** Einige junge Mädchen von Tuggen hatten am Sonntag das Kino in Mühlheim besucht und wurden auf dem Nachhausewege von einigen Mühlheimer Burlesken begleitet. Drei Mütter, die eifersüchtig auf die Mühlheimer waren, lauernden diesen ab und riefen sie über zu. Die Gemeindegemeinschaft hat sich dieser Eifersüchtelei angenommen.

**Reutenbusch.** Ein Raubmörder der polnischen Staatsangehörigkeit wurde dieser Tage von Elsas über die Grenze gebracht und in das Anstaltsgefängnis nach Mühlheim eingeliefert. Der Pole war nach seiner Zeit nach Frankreich geflüchtet und in die Fremdenlegation eingewandert. Von Mühlheim wird er nach Polen weiter transportiert werden.

**Rabenau.** Der 61 Jahre alte Landwirt Beng von Rabenau (Gemeinde Weinsbach), der schon seit einiger Zeit an Schmerz litt, verletzte sich in selbstmörderischer Absicht mit dem Revolver so schwer, daß er einen Tag darauf seinen Verletzungen erlag.

**Brachstundung.** Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Deutsche Verkehrs-Kreditbank A.G. in Berlin die Geschäfte der Reichsbahn für die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft übernimmt, die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft wird dementsprechend künftig nur noch solche Brachstundungen ausstellen, die über die Deutsche Verkehrsbank laufen. Das jetzige monatliche Brachstundungsverfahren wird beibehalten werden. Die einstufige Brachstundung soll grundsätzlich beibehalten, aber nicht weiter ausgedehnt werden. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Neuordnung steht bis jetzt noch nicht fest. Die Brachstundungsnehmer werden aber gut tun, sich schon jetzt darauf einzurichten.

**Dem Hofschwarzwald.** Die fortgesetzte Schneemasse des Winters erweist sich für die Wasserbewirtschaftung vor allem für die Industrie im kommenden Sommer große Bedenken. Die keinen Schneemengen, die niedergegangen sind, aber keinen Bestand hatten, genügen nicht entfernt. Dazu kommt als wichtiger unangenehmer Moment, daß die wiederholten Abschmelzungen der Schneedecke sich in einem ganz unerwarteten Ausmaß den Wassern zuführen, weil die Schneepflaster nicht tiefer in den größeren Boden einzudringen vermögen. Während sonst ein großer Teil der Schneemasse in den Boden zieht und dort schließlich in der größten Teil des roten Wassers jetzt ganz oberflächlich abgetrieben und unmittelbar in dem zu Tal liegenden Wasserläufen zu Tal befördert werden und daher für die Speisung verloren gegangen.

### Karlsruher Chronik

#### Geschichtskalender

16. Febr. 1826 "Der Dichter Viktor v. Scheffel in Karlsruhe. — 1884 Ernst Goedel, Naturforscher, in Rastatt. — 1898 Der Arzt und Dichter Friedrich Straffer in Germannstadt.

#### Parteianrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Bezirk Südstadt, Montag, den 16. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet in der „Deutschen Eiche“, Augartenstraße 60, eine äußerst wichtige Sitzung des Komitees und der Straßennobilität statt. Keine Strafe der Südstadt darf unterlassen sein. Die Sitzung ist aber, wenn alle rechtzeitig erscheinen, von kurzer Dauer.

Bezirk Südstadt, Mittwoch, 18. Febr., abends 8 Uhr, im Saale der „Deutschen Eiche“, Augartenstraße 60, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Das Paradies des Kolos, Referent: Gen. Prof. M. Wilhelm. 2. Südstadtbaufragen, Referent: Gen. Stadtrat F. Töpfer. Zu dieser hochinteressanten Versammlung sind die Parteigenossen und Genossen und alle, die es werden wollen, sowie die Volksgenossen freundlich eingeladen. Nach Schluß des Referats des Genossen Wilhelm werden die Saalräume geöffnet, sodann auch die Gäste der übrigen Wirtschaftsräume des Referats des Genossen Töpfer hören können. Versäume niemand diesen gesunden Abend. Es sei noch darauf hingewiesen, daß das Modell des Brunnens in keinem Maßstab, sowie die Zeichnung in natürlicher Größe im Versammlungssaal ausgelegt sind.

Bezirk Weststadt, Mittwoch, 18. Febr., abends 8 Uhr, findet im Lokal „Unter den Linden“, Ecke Kaiserallee und Poststraße eine Bezirksversammlung statt. Tagesordnung wird noch bekannt gegeben. Wir weisen heute schon auf diese Versammlung hin.

Vortragsskizze Dr. Lehmann. In der Reihe der Vorträge im Sonderkurs über „Praktische Übungen im Arbeitsrecht“ wird Gen. Dr. Lehmann heute abend „Die Arbeitsverfassung“ behandeln. Der Vortrag findet wiederum im Handwerksaal der Hebelstraße, Kreuzstraße, statt, und beginnt um 8 Uhr. Die Teilnehmer an den ersten drei Vorträgen werden um vollständige und pünktliche Erscheinung ersucht; auch wer die ersten Vorträge nicht gehört, kann an dem vierten Vortrag teilnehmen, da die Vorträge jeweils in sich abgeschlossen sind.

#### Das bayerische Konfordat

Im Trübel der Geschicke auf den verdorbenen Gebieten in der letzten Zeit wurde der Neugewinn der Religion und Schulverhältnisse in Bayern viel zu wenig Beachtung geschenkt, trotzdem sie eine unabweisbare Gefahr für die geistige Freiheit der deutschen Bevölkerung in sich birgt und eine große Verletzung der bayerischen Verfassung darstellt. Es war und deshalb als sehr schmerzhaft anzusehen, daß in der bayerischen Sozialdemokratischen Partei, über diesen äußerst wichtigen Vorgang in Bayern von sachkundiger Seite einen Vortrag halten zu lassen. Der Vortrag fand am Freitag abend im unteren Saale des „Kaffee-Road“ statt und wurde als Referentin Frau Reichs-tagsabgeordnete Toni Wüll (München) genommen. Die Referentin, die früher Schullehrerin war, und deshalb als Sachmann anzusehen ist, gab in interessanter, instruktiver Art ein Bild über das Konfordat, erläuterte dessen wesentlichen Inhalt und wies aber auch zugleich auf die großen Gefahren hin, welche durch die Annahme des Konfodats für die deutsche Geistesfreiheit entstanden sind.

Die Referentin begann ihre Ausführungen mit der Mahnung, sie nicht zu glauben, daß das bayerische Konfordat nur eine rein bayerische Angelegenheit sei. Zum Beweise dafür verweise sie auf die „Auswärtigen Volkszeitung“, die geschrieben hat, daß das bayerische Konfordat nur der bayerische Teil des Reichskonfodats sei, sowie des weiteren auf die Abmachungen zwischen dem päpstlichen Stuhl in Rom und der Reichsregierung im Jahre 1923 wegen Schaffung eines Reichskonfodats. Aber auch verfassungsmäßige Tendenzen hätten beim bayerischen Konfordat eine große Rolle gespielt. Das Konfordat bedeutet die Verewigung des Begriffs des Reformationsgeistes.

Das Konfordat zerfällt in zwei Teile und zwar in die finanzielle Auseinandersetzung und in die Gehaltung des Schulwesens. Es bedeutet einen schweren Schlag gegen die deutsche Geistesfreiheit. Und als einen besonders schweren Schlag sei die Bestimmung anzusehen, daß an den Universitäten je ein Professor der Philosophie und Geschichte katholisch sein muß. Es komme dies einem Sturm auf die Geistesfreiheit der Hochschulen gleich. Nach der Reichsverfassung, die die Simultanlehre gebietet, unterstehe die Schule der Oberhoheit des Reiches. Das Konfordat aber habe die Oberhoheit der Schule an den römischen Stuhl abgetreten. Durch die Einführung der Bestimmungsbefehle bestehe auch die Gefahr der Zersplitterung des Schulwesens und daß kein moderner Unterricht eingeführt wird. Das bayerische Konfordat stelle des ferneren eine schwere Verletzung der Reichsverfassung dar, gegen die sich allerdings die Reichsregierung nicht im geringsten gewehrt habe. Was sich Bayern gelistet, übertriffe alles bisher dagewesene. Selbst in früheren Jahren, so 1804 und 1871, hätte sich Bayern gegen die kirchliche Bevormundung in der Schule gewehrt. 1871 habe der damalige Staatsminister Ditt die Worte gesagt, daß der Staat nicht der Erzieher jeder Kirche sein dürfe, da er sonst der Reibene der Kirche werde. In Bayern liege heute die Sache so, daß die Kirche frei vom Staate ist, aber der Staat nicht frei von der Kirche.

Die Referentin wies Johann auf das Erziehungsrecht der Eltern hin, das durch das Konfordat auf schwerste gefährdet ist. In vielen Fällen werden Kinder freireligiöser Eltern gewonnen werden, in die Konfessionsschule zu gehen und der freireligiösen Unterweisung zu unterliegen. Gewiß könne die religiöse Frage nicht dadurch gelöst werden, indem man einfach sae, es gibt keinen Gott, wie dies vielfach seitens der Freidenker gechehe. Der Sozialdemokrat liege es fern, einen Kampf gegen die Kirche zu führen. Aber wir halten es für unsere Pflicht, gegen die Bevormundung der Kirche uns zu wehren. Die Schule müsse eine Erziehungsanstalt zur gesellschaftlichen Gemeinschaft sein und diese Aufgabe könne die Simultanlehre, auch wenn sie lange nicht unser Ideal ist, erfüllen. Auf alle Fälle müsse der Staat der Schüler sein. Die Referentin kam nun auf die Lehrerpersonlichkeit zu sprechen und betonte, daß durch das Konfordat der Lehrer zum Lakaien erniedrigt werde und daß das Konfordat nicht dazu ansetze, in den Lehrern charakterlose Männer zu ziehen. Und von Lehrern, die nicht einmal eine eigene Anschauung haben dürfen, soll uns unsere Aufgabe ersuchen lassen! Die Lehrerbildung werde hauptsächlich unter katholischen und eponoelischen Stempel vor sich gehen. Aber auch auf die finanziellen Wirkungen des Konfodats wies die Referentin eingehend hin und betonte u. a., daß es Bayern seit 1817 gar nicht eingefallen wäre, die der Kirche

durch die Säkularisation abgenommenen Güter wieder zurückzugeben, aber jetzt in der Zeit, wo eine Fülle von sozialen Aufgaben infolge unserer Armut nicht erfüllt werden können, erkläre sich der bayerische Staat bereit, circa 70 bis 80 Millionen Mark an die katholische Kirche auszubändigen. Die evangelische Kirche beschwerte sich, daß sie bei der finanziellen Auseinandersetzung nicht berücksichtigt worden sei. Weiterhin habe der Staat 140 katholische Würdenträger zu verhaften. Zum Schluß betonte die Referentin, daß wir wirtschaftlich die Macht der Konzerne und Trusts haben und durch das Konfordat in kultureller Hinsicht die Macht der Kirche. Sie wies die Behauptung zurück, daß die Religion in Gefahr sei. Eine Kirche aber, die sich nur durch staatliche Machtmittel erhalten könne, müsse auf solchen Füßen stehen, denn wo eine lebendige Religion vorhanden, bedürfte es keiner staatlichen Zwangsmaßnahmen. Die Pflicht aller freireligiösen Genossen, der Lehrer wie Eltern, sei es, den Kampf gegen Geistesfreiheit aufzunehmen und für die Geistesfreiheit einzutreten.

Der Referent dankte die Versammlung durch kühnlichen Beifall. In einer kurzen Diskussion wurde u. a. auf die Auswirkungen eines Reichskonfodats in Baden hingewiesen, wodurch es dann dem Zentrum dank seiner politischen Macht möglich sei, die Wünsche der Kirche zu erfüllen. Weiterhin wurde bedauert, daß so viele Kreise der arbeitenden Bevölkerung kulturellen Drogen indifferent entgegenlieben und dadurch den Gegnern der Geistesfreiheit Hilfe leisten.

Vor dem Vortrage erkauete ein Streich-Trio (drei Herren) die Versammlung mit einem atzend gespielten Musikvortrag und Genossin Ella Schneider gab wieder Proben ihrer vorzüglichen Rezitationskunst durch Wiedergabe von Dichtungen von Dehmel und Toller. Ihr sowie dem Streichtrio sei auch an dieser Stelle herzlich Dank gesagt.

Der Vorsitzende der Geistesarbeitergruppe, Gen. Dr. Lehmann, erbat sich noch die Anwesenheit der Verantwortlichen der Geistesarbeiter immer zahlreich zu besuchen, worauf um 11 1/2 Uhr die Versammlung ihr Ende erreichte.

#### Aus der Stadtratssitzung

vom 12. Februar 1925.

**Teilnahmebestimmung.** Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Oberbürgermeister des schrecklichen Bergwerksunglücks auf der Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund, bei dem zahlreiche brave Bergleute ihr Leben verloren haben. Die Mitglieder des Kollegiums erheben sich zum Zeichen ihrer Teilnahme und ihres tiefen Mitleids mit den Toten. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, der Stadt Dortmund und den Unterebenen der Bergwerksbetriebe die Teilnahme der Bevölkerung Karlsruhes zum Ausdruck zu bringen.

**Vollstreckung.** Der Stadtrat nimmt von den Beschlüssen der Ortsgruppe Karlsruhe des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge wegen Durchführung des Volkstraucages am Sonntag, dem 1. März ds. J., in hiesiger Stadt zustimmend Kenntnis.

**Freibadbepläne.** Der Stadtrat gibt zu Vorschlägen über die Einrichtung von Freibadbeplänen an den Ufern der Alb seine Zustimmung.

**Bierverkauf.** Dem in letzter Zeit wiederholt vorgebrachten Wunsch auf Einführung einer Frauenabgabe für die Schwimmhalle des Bierabzuges wird stattgegeben.

**Vermehrung der Schuhmannschaft.** Der Stadtrat stimmt der vom Bezirksrat beschlossenen Vermehrung der Polizeipolizei mit Wirkung vom 1. April 1925 zu unter der Voraussetzung, daß seitens des Vorgesetzten der von der Stadt anteilnehmend auszubildenden Lehrlinge des einschulenden Schuhfabrikanten bewilligt werden. Diese Vermehrung hat sich als wünschenswert erwiesen, damit in verschiedenen Stadtebenen der polizeiliche Gehör verbessert werden kann und zur Regelung des Straßenverkehrs eine genügende Anzahl Beamte zur Verfügung steht.

**Satzung für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht.** Der mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 31. Oktober 1923 beschlossene Aenderung der Satzungen für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht der Stadt Karlsruhe wurde von dem Minister des Innern im Einverständnis mit dem Justizminister die staatliche Genehmigung erteilt. Die Satzungen in der geänderten Fassung treten nach ihrer Verkündung in Kraft.

**Straftraue.** Gegen einen Einwohner von Durach wird Anzeige wegen Urkundenfälschung erstattet, weil er einen Kraftausweis der städtischen Straßenbahn durch Aenderung der vom Schaffner eingetragenen Kontrollzeichen fälschte.

#### Baden und Pfalz

**Um die Erstellung einer festen Brücke bei Magau**  
Der Verein zur Förderung des Badisch-Pfälzischen Verkehrs durch Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Magau hatte am 8. Februar in Karlsruhe eine aus Baden und der Pfalz gut besuchte Ausschusssitzung, die erste nach Rückgabe der pfälzischen Eisenbahnen von der Regie in deutsche Hände, abgehalten. Eine längere Aussprache über die Tätigkeit des Vereins seit Anfang 1923, an der sich nach einem Bericht des Schriftführers, des Herrn Stadtbereichsleiter Pfeiff besonders die Herren Oberbürgermeister Dr. Rünter, Architekt Rippenhändler, Generalkonsul Menzinger und Bürgermeister Schölling, sowie die Mitglieder, ergab als einmütige Auffassung des Ausschusses, daß die Dringlichkeit des Erlasses der Eisenbahnbrücke bei Magau durch eine feste Brücke für den Eisenbahn- und Straßenverkehr in der Verdrängung weitere, erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die Vereinsrechnung für die Jahre 1921-1924 wurde unter Anerkennung des verhältnismäßig günstigen Abschusses zur Kenntnis genommen, dem geschäftsleitenden Vorstand Entlastung erteilt und für 1925 ein vorläufiger Haushaltsplan aufgestellt. Für das neue Vereinsjahr wurden unter warmer Würdigung der bisherigen Verdienste des geschäftsleitenden Vorstandes gewählt: Herr Oberbürgermeister Dr. Rünter als 1. Vorsitzender, Herr bayerischer Konsul Dimmelheder als 2. Vorsitzender, Herr Stadtbereichsleiter Pfeiff als Schriftführer und Herr Bankier Dr. Stein als Schatzmeister. Der geschäftsleitende Vorstand wurde ermächtigt, die nächste Mitgliederversammlung im Frühjahr 1925 in einer pfälzischen Mitgliedstadt abzuhalten.

#### General-Versammlung des Vereins der Kleingartenpächter

Die Versammlung tagte im „Friedrichshof“. Vertreten waren 16 Gruppen mit 66 Delegierten. Der Vorsitzende H. Büttner eröffnete um 8 Uhr die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassensbericht. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Statutenänderung und Anträge. In 15-minütiger Rede gab der Vorsitzende den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im verflochtenen Jahr. Unter anderem seien neue Gärten erschaffen worden: 1. bei Weins (Mühlburg), Steinbach (Schicht), Albstadt und Magauabthörfer. Des weiteren erläuterte er einen Nachschub einer Gruppe und wies darauf hin, daß vor dem Amtserhalt einer Gruppe und wies anfangs zurück, die in Zukunft Nachschub freigegeben werden. Auch wurde die Dauergartensfrage behandelt.



Der Kassenbericht wies einen kleinen Ueberschuss auf und wurde allgemein gutgeheißen. Von der Aussprache wurde reichlich Gebrauch gemacht. Herr G e g e l spendete der Verwaltung das beste Lob, das allgemeinen Beifall auslöste. In großen Zügen schilderte der Kassier S c h r e c k den Verhandlungsgang der Nachpreise für das kommende Jahr.

Herr W ü t t e n e r gab den verschiedenen Rednern Auskunft auf ihre Anfragen und Anregungen und stellte sodann die Vorstandsämter der Versammlung zu Verfügung. Allgemein wurde der Wunsch laut, die alte Verwaltung wieder zu wählen, dem wurde auch durch Affirmation entsprochen.

Am 3. Punkt wurde der Antrag der Verwaltung auf Aenderung des Statuts, daß in Zukunft die Generalversammlung des Vereins im Januar und die der Gruppen im Dezember stattfinden sollen, einstimmig angenommen. Hierauf konnte der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung um 1/12 Uhr schließen.

Im republikanischen Studentenbund spricht am Mittwoch abend 8 Uhr im chemischen Hörsaal der Technischen Hochschule Herr Staatspräsident Dr. S e l l e r s über „Volkstum, Staatsform und Kultur im neuen Europa“. Eintritt 50 Pfg. Studierende frei. Vorverkauf in Bielefelds Buchhandlung am Marktplatz.

Kolosseum. Wir verweisen nochmals an dieser Stelle auf die ab heute abend im Kolosseum galierende große Fälschung-Revue „K a r n e v a l s t r a u m e“, die bis auf weiteres täglich abends zur Aufführung gelangt. Näheres siehe durch die täglichen Anzeiger.

**Karlsruher Polizeibericht vom 16. Februar**

Unerschulter Schläger durch Schüler. Ein 14 Jahre alter Oberrealschüler schloß am vergangenen Freitag aus einem Mannsdienstzimmer seiner elterlichen Wohnung in der Sofienstraße mit einem Aufgehörten auf Verurtheilte und verletzte hierbei eine 31 Jahre alte Köchlerin am linken und einen 14 Jahre alten Polizeischüler am rechten Oberarm. — Ein anderer, ebenfalls 14 Jahre alter Oberrealschüler schloß am gleichen Tag Ecke Umland und Dreißigstraße mit einem Tisching-Revolver nach einem 15 Jahre alten Schüler, der auf seinem Fahrrad fuhr, und traf diesen mit einigen Schrotkugeln am Genick, ohne ihn jedoch zu verletzen. — In der Gerwigstraße gab vorgestern ein 12 Jahre alter Realchüler auf eine 17jährige Schloßer einen Schuß aus einem Tisching-Revolver ab und verletzte diesen am rechten Hüftknochen.

Unfall. In der Eitlingerstraße wurde ein 24 Jahre alter Hilfsarbeiter von hier am vergangenen Samstag nachmittags mit seinem Fahrrad von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden gemorfen, wobei er eine leichte Verletzung erlitt. Der Verletzte wurde von dem Kraftwagenführer nach dem Neuen Vinzenzstranthenhaus verbracht, wo er, nachdem er verbunden war, wieder entlassen werden konnte. Infolge Vergehens der Steuerung rutschte das Auto an den Bordstein und wurde am Bordstein stark beschädigt. Das Fahrrad wurde zerstört.

Brand. Vermuthlich durch Selbstentzündung gerieten in einer hiesigen Lumpenfortieranstalt gestern mittags Lumpen in Brand, wodurch erheblicher Gebäudes- und Sachschaden entstand. Die Feuerwache konnte nach einwärtiger Tätigkeit den Brand löschen. Messerstecherei. Nach vorausgegangenem Vorstreich verletzten in der Hofstraße ein verheirateter Schlosser von hier einen ledigen Dreher einen Messerstich in den linken Oberarm und einen ledigen Gärtner einen Stich in den rechten Oberarm. Die Verletzten mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Verhaftung mit Aufgehörten. Am Samstag wurde ein Kaufmannslehrling in der Weidenstraße von einem 17jährigen Volksschüler mit einem Aufgehört in das Gesicht geschossen. Die Kugel, die oberhalb des linken Auges eintraf, mußte im Krankenhaus hier entfernt werden.

Festgenommen wurden: Ein lediger 32 Jahre alter Elektromonteur von hier wegen Hehleri, ein lediger 25 Jahre alter Reisender von hier wegen Diebstahls und Betrugs, eine Ehegatte von Anielingen, wohnhaft hier, wegen Verbrechen nach § 219 A. S. G. B., ein Fuhrmann von Heuberg und eine Arbeiterin von Dureau wegen Diebstahls, ein Bürohilfs von Fürtz, der von der Polizeidirektion Mannheim zum Strafvollzug geschickt wurde, ein Dienstknecht von Reichenbach, der vom Amtsgericht Eitlingen wegen Diebstahls zur Festnahme ausgeschrieben war, zwei Ausländer wegen Bruchs der Ausweisung, ferner 12 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

**Aus den Vororten**

Daglauden. Nachdem in unserer Bezirksversammlung der Wunsch geäußert wurde, in aller Eile eine Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen, so findet am kommenden Mittwoch, 18. Febr., abends 8 Uhr, im Rebenzimmer zur „Linde“ eine solche statt. Herr Prof. K o s s a c h wird über die gegenwärtigen politischen und sonstigen Geschehnisse im Reich sprechen. Da auch einige dringende Angelegenheiten zu besprechen sind, bitten wir die Parteigenossen, vollständig zu erscheinen.

**Wasserstand des Rheins**

Schweizerinsel 73, gef. 15; Rehl 173, gef. 13; Maxau 348, gef. 26; Mannheim 226, gef. 7 Zentimeter.

**Markt und Handel**

Schadenersatzansprüche der Reichsraier an die französisch-belgische Eisenbahngesellschaft. Von der S a n d e l s k a m m e r S a r l o u g e geht uns nachfolgende Mitteilung zu: Um zu verhindern, daß die am 15. Februar 1925 ablaufende Ausschlußfrist für die Geltendmachung der g e r i c h t l i c h e n Ansprüche bei der gemischten gerichtlichen Kommission gemäß Artikel 6 der Verordnung Nr. 290 der Interalliierten Rheinlandkommission vom 14. November 1924 nicht innegehalten wird, hat der Vertreter der Regie, Herr Albert, anerkannt, daß es zweckmäßig ist, den gerichtlichen Anspruch bei der gemischten gerichtlichen Kommission der rheinischen Eisenbahnen mit dem Sitz in Mainz, Rheinstraße 65, in Nachen, Lagerhausstr. 28 und in Düsseldorf (Stahlhof) bis spätestens 15. Februar 1925 nicht nur in den Fällen, in denen der Anspruch ganz oder teilweise abgelehnt ist, sondern auch in allen den Fällen einzureichen, in denen die Abwidelungsstelle über den Anspruch noch nicht entschieden hat. Die Kommission in Nachen ist zuständig für das nördlich und östlich einer durch die Orte Troisdorf, Bonn Iffendorf, Gerolstein und Brüm gesegneten Dinte, die Kommission in Mainz für das südlich und westlich der genannten Linie liegende Gebiet und die in Düsseldorf nach einer Notiz im Düsseldorf Anzeiger vom 24. Januar 1925 für das neubehobene Gebiet (Nabegebiet) und die Brückenköpfe Düsseldorf und Duisburg. Soweit die Forstberechtigten ihre Ansprüche an die Regie bisher überhaupt noch nicht schriftlich geltend gemacht haben, wird diesen anheim gegeben, sie sowohl schriftlich bei der Abwidelungsstelle (Herrn Kipper) in Mainz, Kaiserstraße 1, Zimmer 201 und gleichzeitig unter Beachtung der Vorschriften der Prozeßordnung bei der zuständigen gemischten gerichtlichen Kommission geltend zu machen.

Karlsruher Börse vom 11. Febr. Abteilung Getreide, Wehl und Futtermittel. Auf die ruhigen Notierungen der auswärtigen Märkte hin bleibt das Geschäft still. Der Besuch läßt nichts zu wünschen übrig. Weizen neue Ernte handels-

üblich 26,75—27, Roggen neue Ernte gesund 25,50—26, Sommergerste je nach Qualität 27—32,50. Oker neue Ernte 19—20,50, ausgeprochen minderwertige Ware entsprechend billiger. Plata-Rais mit Sad 23,25—23,75, Argoslavischer Rais (Iose) 22,75 bis 23, Weizenmehl Mühlenerforderung 44,50, Roggenmehl Mühlenerforderung 39—40,50, zur Annahme fähiges Wehl billiger erhältlich. Weizen- und Roggenfuttermehl 16,50—17, Weizen- und Roggenkleie 14,25—15, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Vierteiler 21,50—22,50, Malzkeime 18,50—19,50, Spezialkaffee, gut, gelblichgelb 5,75—6,25. Raufuttermittel: Kofes Biefenheu, gut, gesund, trocken 9—9,50, Luzerne 11—11,50, Weizen-Roggenstroh, draßgepreßt 5—8 M., alles per 100 Mio. Mühlenerforderung, Rais, Vierteiler und Malzkeime mit, Getreide ohne Sad, Frachtparität Karlsruhe. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Abteilung Weine und Spirituosen. Bei schwachem Besuch war die Stimmung sehr ruhig bei in der Hauptsache unveränderten Preisen.

Das Konkursverfahren ist über das Vermögen der Firma Sport-Beier Wilhelm Bieder in Karlsruhe eröffnet worden.

Obst- und Weinbrennerei G. O. Karl bei Rehl. Die G. O. hat die Umstellung des K. A. von nominal 11,30 Mill. Mark auf 300.000 Reichsmark beschlossen. Die Umstellung erfolgt in der Weise, daß an Stelle von zwei Aktien über je 1000 Mark eine Aktie über nominal 20 Reichsmark gewährt wird. Für das Geschäftsjahr 1923/24 wird eine zehnprozentige Dividende ausgeschüttet.

Holzversteigerungen in Baden. Bei einer im Gemeindegeldamt unter der Leitung des abgeleiteten Eidenstammholzversteigerers wurden erzielt: Für Eichen 1. Klasse 106 M. pro Festmeter, für Eichen 2. Kl. 108 M. pro Festm., für Eichen 3. Kl. 72 M. pro Festm., für Eichen 4. Kl. Vorausgabe 65 M., bei der Versteigerung 52 M. pro Festm., für Eichen 5. Kl. 43 M. pro Festmeter. — Bei einer Holzversteigerung in Reuhaus bei Rodolfshaus wurden die Preise für Buchenholz bis auf 26 M. hinaufgetrieben.

**Gemeindepolitik**

**Sonderbare Städtetage**

Die Organisationen des Deutschen wie der Provinzial- und Landes-Städtetage, sind zweifellos von großer Bedeutung. Die Verbände und Sekretariate dieser Städtetage verhandeln mit Behörden und Regierung. Die Entwidlung der Gesetzgebung hängt nicht wenig von den Entschlüssen der Städtetage ab. Am so wichtiger ist die Zusammenfassung dieser Städtetage. Sie entspricht bei dem heutigen Modus in keiner Weise den wirklichen Bedürfnissen der Gemeinden. Auf dem Deutschen Städtetag in Hannover bemühte sich die Sozialdemokratie, eine größere Beteiligung des ehrenamtlichen Elementes der Stadtverordneten durchzuführen, ohne daß sie mit ihrem Verlangen durchbringen konnte. Die überwiegende bürgerliche Mehrheit lehnte alle Anträge in dieser Richtung ab. Wie berechtigt die Kritik der sozialdemokratischen Vertreter an der Zusammenfassung dieser Städtetage war, zeigen die Wahlen zum Hauptauschuss des Deutschen Städtetages. Dieser aus 150 Delegierten bestehende Städtetag hat auch den Vorstand von 36 Personen zu wählen, dem bis zu 12 Stadtverordnete angehören können. Eine solche Regelung ist natürlich ganz unmöglich. Die Sozialdemokraten haben ein großes Interesse daran, daß auch die Städtetage überall zum wirklichen Leben erwachen, daß auf ihnen die bedeutendsten Aufgaben der modernen Kommunalpolitik verhandelt werden, daß sie so notwendige Verbindungen unter den Gemeinden hergestellt wird. Das ist nur möglich, wenn überall das ehrenamtliche Element als vollkommen gleichberechtigt behandelt und herangezogen wird. Diese Entwidlung ist soziewei unaufhaltbar, sie wird die unvermeidliche Demokratisierung auch der kommunalen Verwaltung trotz aller Widerstände durchsetzen. Die Defensivität muß aber wissen, daß die Städtetage in ihrer heutigen Zusammenfassung keineswegs den Anforderungen genügen, die an sie gestellt werden müssen. Zu ihrem eigenen Interesse, im Interesse ihres Arbeitens und Einkommens werden auch die Herren Oberbürgermeister, die bis jetzt auf mündlichen Städtetagen das alleinige Wort führen, mit dem unhaltbaren System brechen müssen.

**Gerichtszeitung**

**Nationalistische Hölle gegen General v. L i n i n g**

Wie noch erinnert sein dürfte, hatte das Karlsruher Schöffengericht vor einiger Zeit den Verlagsdirektor Karl v. Ziegler von der in Baden-Baden erscheinenden „Morgenzeitung“ und den „Hofapotheker“ Albert Senff in Baden-Baden zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt, weil in einem vom „Hofapotheker“ Senff verfassten und in der genannten Zeitung unter „Stimmen aus dem Publikum“ erschienenen Artikel ausgeführt war, General von Deimling läte besser daran, den Staub von seinen Füßen zu schütteln und nach Frankreich zu gehen, wo er mit offenen Armen empfangen würde. Wegen des schöffengerichtlichen Urteils hatte Verlagsdirektor Ziegler beim Landgericht Verurteilung eingelegt unter der Begründung, daß ihm der Schuß des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zuzurechnen müsse, was das Schöffengericht seinerzeit rundweg abgelehnt habe. Da er als Herausgeber einer rechtslebenden Zeitung das Recht für sich in Anspruch nehmen müsse, die Interessen seiner Leserschaft zu wahren, so habe er dem Verfasser des Artikels (Hofapotheker Senff) nicht abfinden können, das Eingekleidete zu veröffentlichen. Nach eingehender und mehrstündiger Beratung fällte das Gericht sein Urteil dahin, daß der Urteilspruch des Schöffengerichts als gerechtfertigt anzusehen sei. Zu dem fraglichen Artikel liege eine selbständige Absicht und der Schuß des § 193 könne dem Beurteilten nicht zugerechnet werden, da eine Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht vorliege. Der Verurteilungsbefehl habe seinen Grund gefunden, das Strafmaß herabzusetzen, da die Schwere der Beleidigung eine außerordentliche sei. Verlagsleiter Ziegler will nun gegen das neue Urteil ebenfalls Verurteilung einlegen.

**Kleine Nachrichten**

Aus der Fals. Beim Abreißen des Viehzauns in Maubach wurde der Bauer Jean Schmal durchst Einfeld des Gewölbes verkrüppelt. Er konnte aus seiner gefährlichen Lage befreit werden, erlitt aber schwere innere Verletzungen. — Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Lokalbahnhof in Darmstadt. Der 54 Jahre alte verheiratete Fabrikarbeiter Ludwig Scherer aus Hechheim war in einen Wagen eingeklemmt, während der Zug vorfuhr. In demselben Augenblick zog die Lokomotive an. Scherer wurde zertrümmert, geriet unter die Räder und wurde eine Strecke geschleift. Er war sofort tot.

Frühl. In der Reilensfabrik Rodder-Grube A. G. wurden gestern nachmittags fünf Arbeiter durch einen Unfall getötet. Einer davon ist gestorben. Der Betrieb konnte nach kurzer Zeit wieder aufgenommen werden.

Sofia. Prof. Nikola Mileff, Direktor der Zeitung „Sofia“ und Abgeordneter der Regierungsmehrheit, wurde von drei Personen auf der Straße ermordet. Sie gaben aus nächster Nähe Revolverkugeln auf ihn ab. Die Mörder sind noch nicht verhaftet. Man nimmt — wie die Bulg. Tel.-Agentur berichtet — an, daß es Bolschewiken sind, da Mileff einen offenen Feldzug gegen den Bolschewismus führte.

Kelrad. In dem Banater Dorfe Rodgau kam es zwischen der feldischen und der deutschen Bevölkerung nach den Wahlen zu einem blutigen Zusammenstoß, in dessen Verlauf 8 Personen schwer und viele leicht verletzt wurden.

**Lezte Nachrichten**

**Die Gemeindevahlen in Braunschweig**

Braunschweig, 15. Febr. (Eig. Funkdient). Am Sonntag fanden im Freizeithaus Braunschweig die Stadtverordneten- und Gemeindevahlen statt. Das vorläufige Ergebnis der Stadtverordnetenwahl in der Stadt Braunschweig ist folgendes: Sozialdemokraten 29 153 Stimmen, Kommunisten 5074, Demokraten 2680, Wirtschaftspartei 14 505, Nationale Einheitsliste 27 313, Bund ex Quilibet und Witwen 838, Liste Volkswohl 1843, Nationalsozialisten 282.

Da die Wirtschaftspartei ihre Liste mit der nationalen Einheitsliste verbunden hatte, dürfte dieser bürgerliche Mischblock die Mehrheit erhalten haben und von 35 Sitzen des Stadiparlaments rund 20 bekommen. Die Zusammensetzung des Stadiparlaments war bisher folgende: Bürgerliche Gemeinschaft 13, Demokraten 6, Wüter 1, Sozialdemokraten 14, Kommunisten 1.

Das neue Stadiparlament Braunschweig wird sich zusammensetzen aus 13 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, einem Demokraten, 6 Wirtschaftsparteilern, 12 Vertretern der nationalen Einheitsliste und 1 Vertreter der Liste Volkswohl. Die vereinte Rechte, deren Wahlzettel die der Stadtverordneten übernommen hatte, dürfte gegenüber der Landtagswahl vom 7. Dezember immerhin 4300 Stimmen ein, während die SPD 1200 Stimmen verlor. Dieser Verlust ist auf die schlechte Wahlbeeinträchtigung zurückzuführen. Im Laufe des Wahlsonntags ist es mehrfach zu Zusammenstößen, vor allem zwischen Stahlhelmlingern und Kommunisten gekommen, sodaß die Polizei eingreifen mußte.

**Chronik der Skandale**

Berlin, 14. Febr. Wie der amtliche preussische Pressedienst von zuständiger Stelle erfährt, ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen den Abgeordneten Lange-Degetmann wegen Anschuldbung der Untreue und des Betrugs zum Nachteil des Reichspostwesens sowie gegen die Rechtsanwältin Wertheimer und Engelbert wegen Anschuldbung eines in gemeinschaftlich Rufloser beanagten Betrugs zum Nachteil der Seehandlung, die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet.

Wie die Blätter erfahren, ist bisher ein staatsanwaltschaftliches Verfahren gegen den Berliner Polizeipräsidenten Richter nicht eingeleitet worden. Dagegen ist auf Grund der in der Presse und im preussischen Unterjuchenasauschuss gegen Richter erhobenen Vorwürfe im preussischen Ministerium des Inneren ein internes Verfahren eingeleitet worden, wozu die Staatsanwaltschaft zwecks eventueller Ermittlungen hinzugezogen worden ist. Ein Disziplinarverfahren ist gegen Richter nicht eröffnet worden und kann auch nach Ansicht des Staatsministeriums nicht eröffnet werden, so lange die Verhandlungen im preussischen Unterjuchenasauschuss und die Unteruchung im Staatsanwalts in der Barmafakate nicht abgeschlossen sind. Die bisherigen Ermittlungen haben keine wesentlichen Resultate des Polizeipräsidenten Richter ergeben.

Die „Künnberger Zeitung“ schreibt, das Sozialkommissariat des Landesfinanzamts Rindberg hat umfangreiche Verschleissungen von Schrotts ins Ausland aufgedeckt. Nachgewiesen ist die geheimbrachte Ausfuhr von 8500 Tonnen Eisen- und Stahlstahl nach Italien und der Tschechoslowakei, an der 12 Personen beteiligt sind.

**Kommunistenprozeß**

W. P. Leipzig, 14. Febr. In der Verhandlung gegen die württembergischen Kommunisten vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes wurde folgendes Urteil verkündet: Es erhalten Rinte 4 Jahre Zuchthaus und 400 M. Geldstrafe, Lange junior 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 100 M. Geldstrafe, Lange junior 1 Jahr Gefängnis, 100 M. Geldstrafe, Feil 1 Jahr Gefängnis, 100 M. Geldstrafe, Katerer 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, 100 M. Geldstrafe, Wient 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, 100 M. Geldstrafe. Eier wird freigesprochen. Die Geldstrafe gilt bei allen als durch die Unteruchungsprotokolle verbürgt.

**Der Föhn**

Bern, 15. Febr. Am Samstag und Sonntag richteten Stürme in verschiedenen Gegenden des Landes besonders im Kanton Appenzell erheblichen Schaden an. In der Umgebung des Dorfes Appenzell wurden 2 Dächer vom Sturm fortgerissen. Dutzende von Kaminen wurden zerstört. Gärten und Felder wurden in großer Zahl entlaubt. Aus dem Tessin wurden fünfmalstündige Nebelwälder, begleitet von außerordentlich heftigen Gewittern mit Hagelschlag gemeldet.

Salsburg, 15. Febr. Der vor 2 Tagen eingetretene Föhn entwidelte sich zu einem außerordentlich heftigen Sturm, der an verschiedenen Stellen erheblichen Schaden anrichtete. Ein Personenzug wurde auf der Strecke Nid-Emmen vom Sturm erfasst und aus dem Gleise geworfen. Mehrere Wagen blitzten die Richtung hinunter. Dabei wurde ein Schaffner getötet, mehrere Eisenbahnangestellte und 15 Passagiere leicht verletzt. Ein an die Unfallstelle abgegangener Hilfszug mit Verletzten usw. wurde ebenfalls vom Sturm erfasst und umgeworfen. Verletzt wurde dabei niemand. Die Telegraphen- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen.

**Geschäftliches**

**Kapitel Schuhreparaturen.**

Die demnächst bevorstehenden in unserem Wirtschaftsleben die große Schuhreparatur und die geradezu in erschreckendem Maße bestehende Arbeitslosigkeit zwingen seit alte Breite zu äußerster Sparlichkeit. Viele Leute wissen aber noch nicht, daß sie gerade bei der Vergebung ihrer Schuhreparaturen einen großen Fehler machen. Stadtgeschlecht ist, daß die Firma Henninger in der Markgrafenstraße 21 (beim Bondeplatz) und in der Kaiserallee 145 die größte, die leistungsfähigste und die billigste Schuhreparaturwerkstätte in Karlsruhe ist. Diese Werkstätte hat ganz modern eingerichtete maschinellen Anlagen in Höhe von 200.000 M. in der Lage, trotz der billigen Preise von 2,40 u. 2,90 in Gummi- und 3,80 und 4,30 in Lederanfertigung für Solisten und Abzüge, den allgemeinen Wünschen ihrer Kundschaf jeweils Rechnung zu tragen. Es sei auch an dieser Stelle nochmals erwähnt, daß in demnächst bevorstehenden nur erstklassige Materialien — in der Regel, garantirtes Gänseleder — verwendet werden und in der Bearbeitung die größte Sorgfalt auf sachmässige Behandlung und Verwitterung gelegt wird. Es ist hiermit ein würdiger Beweis gegeben, wie und wo man auch bei den jetzigen Zeiten viel Geld sparen kann — und sparen ist doch die Pflicht eines jeden strebsamen Mannes. 1925



Zur Regierungsbildung in Preußen

Berlin, 16. Febr. Die Antwort der Deutschnationalen auf die Anfrage des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx, ob die Deutschnationalen sich an dem Kabinett der Volksgemeinschaft beteiligen wollen, hat Dr. Marx an den Vorsitzenden der Landtagsfraktion der Deutschnationalen, Dr. v. Campenhausen, weitergegeben. Marx hat laut 'Zeit' von diesem die Antwort erhalten, daß seine Fraktion bereit sei, einer Regierungsbildung auf der Grundlage der deutschnationalen Erklärungen zuzustimmen.

Berlin, 14. Febr. Zur Frage der Kabinettsbildung in Preußen verläutet aus Parlamentaristenkreisen, daß Marx mit den Sozialdemokraten eine Besprechung hatte. Die Sozialdemokraten hätten erklärt, daß sie auf die Anregung zur Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft dem Präsidenten schriftliche Antworten erteilen würden. Für die Haltung der Sozialdemokraten sei maßgebend die Erklärung im Reich, die Hermann Müller abgab bei der Kabinettsbildung im Reich, die Hermann Müller abgegeben habe. Grundlegend seien die Sozialdemokraten bereit, auf die Anregung zur Bildung einer Volksgemeinschaft einzugehen. Die endgültige Klärung wird vor Mittwoch nicht zu erwarten sein. Für Montag haben die Sozialdemokraten eine Besprechungsfrist einberufen. Die anderen Fraktionen werden erst am Mittwoch vor der Plenarsitzung zusammentreten.

Professe der von den Bürgerlichen betrogenen Wählerschaft

Berlin, 16. Febr. Eine große Sparsparversammlung, die der Hypothekenaufwärtiger und Sparsparverband für das Deutsche Reich nach Berlin einberufen hatte, befaßte sich gestern mit der Aufwertungsfrage. Von den Rednern wurde besonders kritisiert, daß die politischen Parteien es mit der Aufwertung der Wählerbesprechungen, die den Sparern gemacht worden seien, nicht so genau nähmen. Es wurde als nächste Aufgabe des Verbandes bezeichnet, seine Wähler aus den betreffenden Parteien herauszuführen. Forderung nach Einlösung der Wählerbesprechungen kam auch in einer von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck.

Die vorstehende Meldung wird von einem bürgerlichen Depeschensbüro verbreitet. Sie kann in der vorliegenden Fassung unmöglich richtig sein, denn die erwähnten Versammlungen würden sich selbst einer großen Unwahrscheinlichkeit schuldig gemacht haben, wenn sie einfach ohne jeden Unterschied sich gegen die politischen Parteien wegen der Nichterfüllung gegebener Wählerbesprechungen gewendet hätten. Die größten, aber auch größten Verlusten und bewußt trügerischen Wählerbesprechungen haben allein die Parteien durch Treulosigkeiten in der Aufwertung der Aufwertungsfrage zu betrogen. Die Sozialdemokratie hat nur das Mögliche versucht und gibt sich die ehrlichste Mühe, dieses Mögliche auch zu erreichen, wobei aber ihre Anstrengungen gerade durch die Bürgerblockparteien sabotiert werden. Der Volksbetrug durch die Bürgerblockparteien wird noch viel toller werden und noch ganz anderen Schaden anrichten.

Die Abstimmung der Buchdrucker im Gau Oberrhein

Die Abstimmung der Buchdruckergebnisse im Gau Oberrhein über den Manteltarif ergab folgendes Resultat: Abgegebene Stimmen 1432, mit Nein stimmten 466, für die Annahme 962. Ungültig waren 4. Damit hat sich der Gau Oberrhein für die Annahme des Manteltarifs entschieden.

Der Bericht der Kontrollkommission

Paris, 15. Febr. Der Bericht der internationalen Kontrollkommission trifft heute in Paris ein und wird sofort dem militärischen Komitee in Versailles übermittelt. Dem 'Journal' zufolge wird die Frage einer teilweisen Veröffentlichung des Berichtes nicht eher ins Auge gefaßt werden, als bis er der Verhörfunktion vorliegt, was frühestens in etwa 20 Tagen der Fall sein dürfte. Der Bericht soll 76 Seiten umfassen.

Der 'Matin' veröffentlicht einen offenbar beeinflussten Artikel über die Sicherheitsfrage. Das Blatt behauptet, bevor man daran gehe, in einem einzigen Raft Italien, Frankreich, England, Belgien und später auch vielleicht Holland zu gruppieren, müßten sich Frankreich und England untereinander verständigen. Auf beiden Seiten sei bereits der Grundsatz angenommen worden, daß diesem Definitivemachen eine Verständigung mit Deutschland vorausgehen müßte. Nach einem Hinweis auf Luthers neue Erklärung zur Sicherheitsfrage schreibt das Blatt weiter, der Sicherheitsvertrag, den man vorbereite, könnte bereits in dem Augenblick fertiggestellt sein, in dem der Völkerbundrat zusammentreffe. Die Weimänner auf irgendeinen Punkt der Grenze von der Nordsee bis zum adriatischen Meer würde als Angriff gegen sämtliche Alliierten betrachtet werden. Der Vertrag müßte vom Völkerbund ratifiziert werden, dem dann auch die Mittel der anderen Teile Europas anzubringen. Von morgen an würden die Sachverständigen des Völkerbundes in der Organisation der Militärkontrolle, die der Völkerbund ausüben solle, arbeiten. Es könne nur Vorteile bringen, dieses Studium auch auf die geplanten Sicherheitspakte auszudehnen.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Belgien

Paris, 15. Febr. Gaba's berichtet aus Brüssel: 'Soir' meldet, daß zu Beginn der nächsten Woche die belgische Delegation nach Berlin reise, um die Wirtschaftsverhandlungen wieder aufzunehmen.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Belgien

Paris, 15. Febr. Gaba's berichtet aus Brüssel: 'Soir' meldet, daß zu Beginn der nächsten Woche die belgische Delegation nach Berlin reise, um die Wirtschaftsverhandlungen wieder aufzunehmen.

Probefahrt eines Rotorschiffes nach England

Berlin, 14. Febr. Das Rotorschiff 'Acker' fuhr morgens von Brunsbüttel nach dem Fährort Fährh. Der Kapitän erhielt Anweisung, nach Möglichkeit nur mit Windkraft zu fahren.

Die Finanzen Frankreichs

Paris, 14. Febr. Die Kammer trat in die Generaldebatte des Einnahmehaushalts ein, wobei der Generalberichterstatter zunächst darauf hinwies, daß im Budgetjahr 1925 ein Einnahmehaushalt von 34 200 Millionen festgesetzt werden müßte, was einer erhöhten Einnahme von 5 1/2 Milliarden gleichkomme. Zum ersten Male sei in das französische Budget eine Einnahmeerhöhung auf Grund der deutschen Reparationszahlungen eingestellt. Die steuerliche Anstrengung für 1925 sei so beträchtlich, daß man diesen Versuch nicht noch einmal unternehmen könnte. Es sei schließlich unendlich unmöglich, von einem Lande eine derartige Leistung zu fordern. — Auf eine Anfrage erklärte Finanzminister Clementel, der Sachverständigenplan enthalte eine Bestimmung, daß Deutschland seine Steuerzahler mindestens ebenso hoch besteuere, wie die Reichsstaatslotterien alliierten Steuerzahler, ein Grundsatz, der zweifellos überwacht werden würde. In der Debatte erklärte der Abg. Bokanowski, nach seiner Ansicht sei die Lage günstig. Der Franken sei gewissermaßen stabil, und der Notenumsatz genüge den Bedürfnissen. Redner verlangte Bekämpfung der Kapitalflucht ins Ausland. Die auswärtige Politik der Regierung hätte in London und Genf dahin führen müssen, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Niemand könne behaupten, daß Frankreich eine chaotische und militärische Politik betriebe. — Perrot betonte, daß die sozialistische Partei, mit deren Unterstützung die Regierung arbeite, niemals vom Ministerpräsidenten verlangt habe, seine eigenen Prinzipien anzugeben, um die sozialistischen Grundzüge anzuwenden. Er habe sich in voller Hebererfreude mit den Grundzügen seiner eigenen Partei befunden. Er appelliere an die guten Bürger, die nationale Währung zu verteidigen. Von einer Vertrauenskrise könne nicht gesprochen werden.

Die Grubenkatastrophe

Dortmund, 14. Febr. Im Laufe der Nacht wurde aus dem Schacht der Zeche 'Minister Stein' infolge der äußerst schwierigen Aufräumungsarbeiten nur die Leiche eines Stiegers geborgen. Wie jetzt endgültig festgestellt, befinden sich noch 14 Leiche in dem Schacht, jedoch die genaue Zahl der ums Leben gekommenen Bergleute 136 beträgt.

Dortmund, 15. Febr. Bis heute abend 9 Uhr wurden weitere fünf Bergleute aus dem Schacht der Zeche Minister Stein geborgen, jedoch sich noch 7 Leiche in der Grube befinden, zu denen man noch nicht gelangen konnte.

Bei den Opfern Die Hinterbliebenen können die Angehörigen sehen; die Leichen konnten bis jetzt noch nicht einsehbar werden. In einer kürzlich fertiggestellten Halle, die zur Erweiterung der Maschinenanlage erbaut ist, liegen in langer Reihe unter weißen Tüchern die bisher geborgenen Leichen. Ein furchtbarer Anblick! Ein großer Bergmann tritt ein. In den starrten Händen hält er frampfhaft den Sarg, und seine Blinde irren umher. Ein Sanitäter führt den alten Mann, schlüß zwei Lächer zur Seite, und wir sehen vor zwei jugendlichen Gestalten in der Kraft und Blüte ihrer Jahre. 'Meine beiden Jungen!' Der Vater schlägt die Hände vors Gesicht, ein Zittern durchläuft den Körper, und demütig sinkt er zu Boden. Sanitäter tragen ihn fort. So geht es weiter, ein Kommen und Gehen. Ein Mann im mittleren Alter steht gebrochen vor der Leiche seines Bruders. Stumm drücken wir ihm die Hand. Der Mann mit dem Stelzfuß und der steifen Hand erzählt uns, wie er mit seinem Bruder lebte, wie einer für den andern sorgte. Und nun? Was soll der arme Krüppel machen, allein ohne Angehörige im Kampf mit dem Leben?

Von den Geborgenen ist der größte Teil verbrannt. Nur wenige, die weiter entfernt vom Explosionsherd waren und nur durch Gas erstickt, haben noch ihre weiße Farbe. 30 Leichen können noch nicht identifiziert werden. Größtenteils entstellte Gesichter und verformte Gliedmaßen, das ist alles, was übrig blieb.

Sozialdemokratische Anfrage im Landtag

Laut 'Vorwärts' hat die Sozialdemokratische Fraktion des Landtags die Grubenkatastrophe auf der Zeche Minister Stein zum Gegenstand einer großen Anfrage gemacht. Es wird darin gefragt, ob das preussische Staatsministerium bereit sei, restlose Aufklärung der Ursachen der Katastrophe zu schaffen und unumschlingliche Verfolgung aller verantwortlichen Stellen und Personen, die sich im Sicherheitsdienst Nachlässigkeiten und Verschlingungen haben zuschulden kommen lassen, einzuleiten, und Aufklärung darüber zu geben, was das Staatsministerium zu tun gedenke, um die veranlassenden Vorschriften und die Anweisungen der Grubensicherheitsbehörden zur Durchführung zu bringen.

Interpellation im Reichstag

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat anlässlich des Grubenunglücks auf der Zeche Minister Stein eine Interpellation eingebracht, in der die Reichsregierung um Auskunft ersucht wird, was sie zu tun gedenke, um die erste Not der schwer heimgekehrten Hinterbliebenen zu lindern und um in Zukunft die Gefahren, die solche Unfälle herbeiführen, so viel als möglich zu beseitigen.

Die Hilfsaktion

Berlin, 14. Febr. Bei der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Rotkreuzvereine sind anlässlich der Dortmunder Grubenkatastrophe als erste Spenden eingegangen: Von der Direktion der Disconto-Gesellschaft 10 000 M., von der Deutschen Bank 10 000 M., von der Dresdener Bank 10 000 M. und von dem Bankhaus Gebrüder Arnhold 5000 M.

Beileidstundgebungen

Berlin, 14. Febr. Der Reichspräsident empfing heute den französischen Botschafter de Margerie, der anlässlich des Dortmunder Grubenunglücks das Beileid des französischen Präsidenten aussprach. Auch der russische Botschafter Krestinoff drückte dem Reichspräsidenten seine Teilnahme aus. Der österreichische Bundeskanzler Hamel sandte ein Beileidstelegramm an den Reichskanzler. Aus gleichem Anlaß haben die Gesandten der Schweiz, Finnlands und Belgiens sowie der spanische und litauische Geschäftsträger dem auswärtigen Amt das Beileid ihrer Regierungen ausgesprochen. Der König Boris von Bulgarien ließ dem deutschen Gesandten in Sofia seine Teilnahme bezeugen.

Wer auf Qualität sieht, kauft



Sie sind unerreich in Güte und Wohlgeschmack.

Die Maggi Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Direktors des Hygienischen Instituts Berlin, Geheimrat Professor Dr. Martin Hahn, unterstellt

URANIA 12 Monatshefte u. 4 Bücher Der 'Proletarische Kosmos' Zu beziehen durch: Volksbuchhandlung Karlsruhe Adlerstraße 43. Schlafzimmer-Bilder

Unsere Leser und Leserinnen werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten dieser Zeitung. Rastatter Anzeigen. Das Aufkufen der an öffentliche Wege grenzenden Räume und Straßen etc. Die Eigentümer der an öffentlichen Wegen stehenden Räume und Straßen haben die in den letzten Nummern über den Waldorfer hiesigen Anzeiger vom 1. April d. J. gemäß § 27 des Straßenverkehrs-Gesetzes vom 1. April d. J. als es im Interesse des ungestörten Straßenverkehrs notwendig erscheint. Diejenigen, welche der Aufforderung bis zur festgesetzten Zeit nicht entsprochen, haben neben Bestrafung die Ausführung der Arbeit auf ihre Kosten zu genehmigen.

Krüppel-Fürsorge. Aufgrund einer Verfügung des Ministeriums des Innern findet im Laufe der nächsten Zeit hier eine Beratung für Krüppel durch den Landeskrüppel-Fürsorgearzt statt. Um allen Krüppeln unserer Stadt und deren Angehörigen Gelegenheit zu geben, von der angebotenen Beratung Gebrauch zu machen, müssen wir ein vollständiges Verzeichnis aller Krüppel d. h. aller Erwachsenen und Kinder mit körperlichen Gebrechen - Fehler von Gliedmaßen, Missbildungen wie Buckel, Klumpfuß, Verkrümmung der Wirbelsäule usw. - anfertigen, um die Einladung zur Beratungsfürsorge zu können. Die Aufstellung des Verzeichnisses der die Volkshochschule einschließlich Fortbildungsschule und Mädchenberufshilfsanstalt befallenden Krüppel erfolgt durch die Schule. Die übrigen Krüppel und deren Angehörige werden aufgefordert, die Anmeldung im Rathaus - Zimmer Nr. 12 - in der Zeit vom 16. bis 21. Februar 1925 zu belegen. Bitte, Krankenscheine, ärztliche, Gutachten, Schwärzungen sind mit anzubringen, wenn sie zugleich betrüppelt sind. Rastatt, den 12. Februar 1925. 461 Das Bürgermeisteramt. Geymann.

Kaufschucken! Aufbewahren! Am Dienstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr findet im 'Museum' in Rastatt auf freier neutraler Grundfläche für Jedermann der völlig freie Eintritt ein. Volkshochschulkurs statt Lehrmeister Dr. E. Kraus (Mannheim) Thema: Wirtschaftskrise und Sozialpolitik. Erster Abend: Die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Zweiter Abend: Sonntag, 20. Februar, 7 1/2 Uhr im 'Museum' Kritische Besprechung der Lohnpolitik. Dritter Abend: Dienstag, den 3. März, 7 1/2 Uhr im 'Museum'. Kritische Besprechung der Arbeitszeitfrage. Auf diese Veranstaltung ergeht freundliche Einladung an Jedermann. Der Ausschuss für V.-S.-A. i. V. Friedrich Silland.

Plakate aller Art liefert rasch und billig Buchdruckerei Geck & Cie., Lulsonstraße 24, Teleph. 128.



# Resi-Lichtspiele

Waldstraße 30

Nur bis einschließl. Donnerstag

## Das schöne Abenteuer

Aus dem Leben einer Frau, die ein Abenteuer suchte und einen — Mann fand.

„Rumänien“ Landwirtschaft in der Walachei.

In das Handelsregister ist eingetragen:

1. Konfektionshaus Simon Michel-Höfen, Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Simon Michel-Höfen ist alleiniger Inhaber der Firma.
2. Adolf Blum, Karlsruhe. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 9. Februar 1925 ist die Gesellschaft aufgelöst. Als Liquidator ist bestellt: Fräulein Emilie Mäder, Karlsruhe. Die Prokura der Emilie Mäder ist erloschen.
3. Hugo Kunk, Müll-Verlag, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.
4. Gebr. Palm, Karlsru., Siegfried Landauer, Kaufmann, Karlsru., ist als weiterer persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten.
5. Chem. Dental-Fabrik Dr. Mader u. Co., Karlsruhe. Der bisherige persönlich haftende Gesellschafter Jakob Kopilowitz, Kaufmann, ist alleiniger Inhaber der Firma.
6. Landwirtschaftliche Maschinen u. Geräte Otto Schmidt, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.
7. Wilhelm Better, Karlsruhe, Einzelkaufmann, (Gerrenstr. 33.)
8. Walter Sped, Karlsruhe, Einzelkaufmann, (Walter Sped, Kaufmann, Karlsruhe, Gumboldtstr. 27.)
9. Otto Löwenthal u. Co., Karlsruhe, Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter: Otto Löwenthal, Kaufmann, Karlsruhe, Simon Michel-Höfen, Kaufmann, ebenda. Die Gesellschaft hat am 1. Februar 1925 begonnen. (Anaben- und Mädchenbekleidungs-Geschäft, Kaiserstr. 88.)
10. Otto Löwenthal u. Co., Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Otto Löwenthal ist alleiniger Inhaber der Firma.
11. F. Blum u. Co., Karlsruhe, Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter: Nathan Blum, Kaufm., Karlsruhe, Lotte Rosa Blum, ohne Beruf, ebenda. Die Gesellschaft hat am 7. Februar 1925 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft und zur Zeichnung der Firma ist nur der Gesellschafter Nathan Blum berechtigt. (Handel mit überseeischen Rohstoffen, Birkel 17.)
12. Karl Blum, Karlsruhe, Einzelkaufmann; Karl Blum Kaufmann, Karlsruhe. Handel mit überseeischen Rohstoffen. Jahrgangsziffer 108.)
13. Geropp u. Riehl, Karlsruhe, Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter: Johann Geropp, Kaufmann, Karlsruhe, Renatus Riehl, Kaufmann, ebenda. Die Gesellschaft hat am 29. Dezember 1924 begonnen. (Sofienstr. 15.) Karlsruhe, den 13. Februar 1925. **Bad. Amtsgericht B 2.**

In das Handelsregister B Band II D.3. 49 wurde unterm 13. November 1924 zur Firma Sinner u. G. Karlsruhe-Grünwinkel mit Zweigniederlassungen in Berlin, Ludwigshafen a. Rh., Saarbrücken, Passau eingetragen. Nach dem bereits durchgeführten Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 6. November 1924 wurde das Grundkapital infolge Umstellung auf 11 210 000 Goldmark ermäßigt sodann um 10 000 Goldmark herabgesetzt und zugleich um 1 800 000 Goldmark erhöht durch Ausgabe von 18 000 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien über je 100 G.M., deren Ausgabe um Kurse von 100 Proz. erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt 13 000 000 G.M. und ist eingeteilt in 130 000 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 100 G.M. Der Gesellschaftsvertrag wurde in § 4 (Grundkapital) sowie in § 17 Abs. 1 Satz 1 (Stimmrecht) geändert. **Karlsruhe, den 10. Februar 1925. Bad. Amtsgericht B 2.**

In das Handelsregister B Band IV D.3. 5 ist zur Firma Wincklermann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 21. Januar 1925 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 1 000 000 Reichsmark ermäßigt und § 3 des Gesellschaftsvertrags entsprechend der Kapitalumstellung geändert. **Karlsruhe, den 9. Februar 1925. Bad. Amtsgericht B 2.**

In das Handelsregister B Band IV D.3. 54 wird zur Firma Oscar Dilger, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 28. Januar 1925 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 3600 Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag entsprechend der Kapitalumstellung geändert. **Karlsruhe, den 4. Februar 1925. Bad. Amtsgericht B 2.**

In das Handelsregister B Band VI D.3. 83 ist zur Firma A. Ehresmann u. Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluss vom 28. Januar 1925 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 10 000 Reichsmark ermäßigt und § 4 des Gesellschaftsvertrags entsprechend der Kapitalumstellung geändert. Die Vertretungsbevollmächtigte des Geschäftsführers Adam Ehresmann ist beendet. Edward Fromm, Kaufmann, Karlsruhe, Einzelprokurist. **Karlsruhe, den 9. Februar 1925. Bad. Amtsgericht B 2.**

### Zwangsvorsteigerung

Dienstag, den 17. Februar 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Stadtschloss, 11 Straße neu, 24 Paar englische Federhosen, 6 Paar Manchesterhosen, 10 Paar gestreifte Hosen, 2 Sportjacken, 6 Sporthosen, 2 Schürzen, 1 Hebräischer braun, 1 Sommermantel grau, 4 Mäntel, 1 Mantel mit Pelzfutter. **Karlsruhe, 14 Febr. 1925. Buh** Gerichtsvollzieher.

### Zwangsvorsteigerung

Dienstag, 17. Febr. 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Stadtschloss, 11 Straße neu, 24 Paar englische Federhosen, 6 Paar Manchesterhosen, 10 Paar gestreifte Hosen, 2 Sportjacken, 6 Sporthosen, 2 Schürzen, 1 Hebräischer braun, 1 Sommermantel grau, 4 Mäntel, 1 Mantel mit Pelzfutter. **Karlsruhe, 14 Febr. 1925. Buh** Gerichtsvollzieher.

**Rechte**  
Obwohl kein gelundenes Pflanzengewebe lie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizinale-Soße wurde die Pflanze in 3 Wochen befestigt. Diese Soße ist Lauende wert. G. W. Das Zucker-Creme, nichtlecken und feilfertig. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.



### Bad. Landes-Theater Karlsruhe.

Montag, 16. Febr. 1925

Zweites Theater-Gesellschaft Nr. 1601-1700, 2801-3400

Unter Leitung von

### Rudolf Schnitz-Dornburg

### VI. Sinfonie-Konzert

des Badischen Landes-Theater-Orchesters

Programm-Folge:

1. Sinfonischer Prolog zu einer Tragödie, op. 108. W. Wagner
2. Sinfonie (Phantastische Miniaturen) op. 28. B. Smetana

Pauline

3. Sinfonisches Gedicht (Sinfonische Dichtung) op. 54. A. Tschajkowskij
4. Sinfonie (Sinfonische Dichtung) op. 54. A. Tschajkowskij

Pauline

Abendkasse 7 Uhr

Abendkasse 7 1/2 Uhr

Abendkasse 9 Uhr

Abendkasse 9 1/2 Uhr

Abendkasse 10 Uhr

Abendkasse 10 1/2 Uhr

Abendkasse 11 Uhr

Abendkasse 11 1/2 Uhr

Abendkasse 12 Uhr

Abendkasse 12 1/2 Uhr

Abendkasse 13 Uhr

Abendkasse 13 1/2 Uhr

Abendkasse 14 Uhr

Abendkasse 14 1/2 Uhr

Abendkasse 15 Uhr

Abendkasse 15 1/2 Uhr

Abendkasse 16 Uhr

Abendkasse 16 1/2 Uhr

Abendkasse 17 Uhr

Abendkasse 17 1/2 Uhr

Abendkasse 18 Uhr

Abendkasse 18 1/2 Uhr

Abendkasse 19 Uhr

Abendkasse 19 1/2 Uhr

Abendkasse 20 Uhr

Abendkasse 20 1/2 Uhr

Abendkasse 21 Uhr

Abendkasse 21 1/2 Uhr

Abendkasse 22 Uhr

Abendkasse 22 1/2 Uhr

Abendkasse 23 Uhr

Abendkasse 23 1/2 Uhr

Abendkasse 24 Uhr

Abendkasse 24 1/2 Uhr

Abendkasse 25 Uhr

Abendkasse 25 1/2 Uhr

**Gestatten Sie sich ein Pilos-Peter**

der anerkannte Fachmann und Berater für Schuhpflege. Sie geben mir doch recht, wenn ich sage: Vor zehn Jahren gab es nicht so viel schlecht aussehende u. zerrissene Schuhe wie heute. Und warum? Früher putzte jeder mit Pilo Schuh und Leder. Pilo ist jetzt wieder in derselben Qualität wie vor dem Kriege zu haben. Das Nächstmal zeige ich Ihnen die neue Pilo-Dose.

### Herrenhüte

ausw. unform. in bester Ausführung. R. Hort, Nr. 15.

Tausche meine 2-Zimmerwohnung gegen ebensolche. Eulienstraße 91, 1. Etg. L. Eberh.

Spezial-1. Abt. 4.50.

### Gesangverein Badenia e. V.

Freitag, den 23. Febr. ds. Jrs., abends 8 Uhr, in sämtl. Räumen der Festhalle.

### Großer Maskenball

3 Ballorchester, Prämierung der originellen Gruppen und Einzelkostüme. 2 Gruppen, 3 Damen- u. 2 Herrenvorträge. Das Preisgericht besteht aus Herren, die dem Verein nicht angehören. Gruppen- u. Einzelpreisen, die zur Stelle reflektieren, müssen spätestens um 1/2 10 Uhr im Saale anwesend sein. Im Klein. Saale: Kabarettvorführungen. Ballmusik: Streichorchester. Bildstube im großen u. II. Saal. Ab 10 Uhr im Bier-tunnel: Bobbiert mit Schrammelmusik.

Nach der Preisverteilung Demoskizzen-Eintritt für Nichtmitglieder Mk. 3.— einst. Steuer, Einlagegebühr und Tanzgeld. An der Abendkasse Mk. 4.—. Unsere Mitglieder werden wir auf die bei anderen Bekanntmachungen in der Vereinszeitung. Alles Nähere siehe Plakate. — Anstehende Masken u. Kostüme (Spachen, Jagabunden u. f. w.) sowie Jugendlinge unter 16 Jahren werden rüchrichtlos zurückgewiesen. 1925

Für Schwerhörige! In 30 Minuten Ihr Gehör!

Der Herr Dr. S. in R. schreibt: Ich habe seit 1918 ein Gehör verloren, das sich durch die von Ihnen bezogene Hörtrömel bei mir sehr gut behauptet hat und ich in dieser kurzen Zeit nicht das Gehör verloren habe, sondern daß sich sogar mein Gehör erheblich gebessert, erhalte ich um Aufnahme einer weiter. Hörtrömel.

Bel Schwerhörigkeit ist Hörtrömel ein wertvolles Hilfsmittel. Sie kann unentgeltlich ausprobiert werden. Sie ist leicht zu tragen, wird Sie mit großem Erfolg bei Ohrenschmerzen, bei Ohrenentzündungen usw. angewendet. Lauende u. Gebrauch. Unzählige Dankschreiben. Austauschkosten sind.

Adolf Schwarz, München L. 180, Landwehrstr. 81. Sie müssen nur Ihre Nachnahme überreichen.

Badischer Volkskalender 1925. Preis 50 Pfennig zu haben in der Volksbuchhandlung Adlerstrasse 43. Telefon 3701 und den Zeitungs-Trägerinnen.

Durlacher Anzeigen. Versteigerung von Brennholz, Verb- und Reisstangen. Die Stadt Durlach versteigert am Mittwoch, den 18. Februar ds. Jrs., vormittags 9 Uhr, mit Zusammenkunft bei dem Rendanten des Durlacher V. Abt. 4, 5, 7, 8, Bergstraße 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

**Automobil-Centrale**

**Schoemperlen & Gast**

**KARLSRUHE**

übernimmt die Ausführung von Reparaturen an Last- und Personen-Automobilen sämtl. Systeme in besteingerechtigtem grossem Werk. Spezialeinrichtung für die Instandsetzung von **BENZ** Last- u. Personenwagen. Lager an neuen und durchgeparierten Lastwagen aller Typen. Anhänger in all. Grössen erst. deutscher Fabriken

Werkstätten und Büro: Sofienstraße 74, 76, 78, auch zugänglich vom Mühlburgertor. Fernruf 540 und 541.

### Die Stadt. Sparkasse Karlsruhe

besorgt u. a. die Distanzierung von Wechseln bei Bestellung entbrechender Sicherheit zu möglichem Zinsfuß und pflegt u. a. das Kontokorrentkreditgeschäft die Gewährung von Darlehen in laufender Rechnung gegen entbrechende Sicherheit, bei möglichem Zinsfuß, pro rata gerechnet, und ohne jegliche Provision. Nähere Auskunft mündlich und schriftlich durch das Städt. Spartassenamt.

### Kohlen

### Holz u. Brikett

alle Sorten, in nur erstklassiger Ware empfiehlt billigst u. reell in jeder Menge frei Haus und ab Lager

### Math. Kohler

Büro und Kleinverkauf: Durlachersir. 30. Telefon 4797.

Hauptlager: Wollarsweierstrasse 4 (Rangierbahnhof)

### COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr die große Revue

### Karnevalsträume

aller Art liefert die Buchdruckerei „Volksfreund“, Durlacherstr. 24.